

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einseitige Kampfbahn
des „Vorwärts“...
„Kleine Anzeigen“ das
verbreitete Wort, jedes weitere Wort
12 Pfennig, Streifenpreise des
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte, Arbeitsmarkt
Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen für
Kontrollen Seite 40 Pfennig, Anzeigen-
annahme im Hauptgeschäft
Krause & Co., wochentags, von 8 bis 12 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Bemerkungen: Tondoff 202-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten Wollfr. 66. Diskonto-Gesellschaft, Depotkassa Lindenstr. 3

Die Kritik an Genf.

Deutschnationale Demagogie.

Von Rudolf Brettscheld.

Genf, 1. Oktober.

Die Deutschnationalen haben seit Wochen wieder die
Wolfsjagd losgelassen. Alles, was hier in Genf geschehen
ist, war falsch, widersprach den deutschen Interessen und der
deutschen Ehre und mußte als weiterer Beweis für die natio-
nale Unzuverlässigkeit eines jeden Kabinetts dienen, an dem
die Anhänger des Grafen Westarp nicht beteiligt sind. Briand
hat uns beleidigt, und wir sind nicht nur nicht abgereist,
sondern haben auch nicht einmal die entsprechende „männ-
liche“ Antwort gefunden. Die Rheinlande sind nicht befreit,
und wir haben uns im Prinzip zu Verhandlungen über die
Reparationen bereit erklärt, ja wir haben unser Einverständnis
ausgesprochen, daß über die französische Forderung nach
Einführung einer Kontrollkommission diskutiert wird. Bei der
Behandlung des Entwaffnungsproblems ist die deutsche Auf-
fassung, die natürlich viel zu schlapp vorgetragen wurde, nicht
durchgedrungen, und wir haben daraufhin nicht alles kurz
und klein geschlagen und sind davor zurückgeschreckt, den als-
baldigen Beginn der deutschen Aufrüstung anzukündigen.
Daß außerdem Angehörige der Linksparteien und insbeson-
dere das sozialdemokratische Mitglied der Dele-
gation durch Besprechungen mit Vertretern des „Feind-
bundes“ ein bißchen Landesverrat geübt und dem deutschen
Volk wieder einmal den berühmten Dolchstoß versetzt haben,
versteht sich am Rande.

Zweifellos werden alle diese Anklagen im Auswärtigen
Büro wiederholt werden. Aber, um es gleich zu sagen:
wir brauchen sie nicht zu tragisch zu nehmen. Hinter
all diesem Geschrei und Geize stehen in Wirklichkeit, was die
Drahtzieher angeht, nur immer politische Absichten, und die
Mitläufer machen mit, weil sie entweder überhaupt nicht
wissen, warum es geht, oder weil sie sich in völliger Unkennt-
nis darüber befinden, was in Genf möglich ist.

Lassen wir noch einmal kurz die Tatsachen sprechen. Das
deutsche Auswärtige Amt hatte vor ein paar Monaten ver-
schiedenen Regierungen mitgeteilt, daß man gelegentlich der
Völkerbundversammlung über die Rheinlandräumung reden
wolle. Was es nun irgend jemandem, der sich einbildet
konnte, wir würden aus Genf mit der festen Zusage des
sofortigen Abzuges der Besatzungstruppen zurückkehren? Der
deutsche Reichskanzler hat sowohl in Einzelbesprechungen wie
in den Beratungen der sechs, die Rheinlandbefreiung sowohl
unter Berufung auf unseren Rechtsstandpunkt, sowie unter
Hinweis auf durch die politische Situation gegebenen Not-
wendigkeiten gefordert. Kein denkender Mensch konnte so
naiv sein, zu glauben, daß die Gegenseite sich ohne wei-
teres unseren Ansichten anpassen und unserem Anspruch
fügen werde. Wir mußten im Gegenteil seit langem, daß
die Räumung zum mindesten mit der endgültigen Re-
gelung der Reparationsfrage und gewissen deutschen Vor-
leistungen verknüpft werde. Hier standen sich eben zwei
verschiedene Konzeptionen gegenüber.

Nun gab es zwei Möglichkeiten. Entweder wir ver-
ließen nach der Ablehnung der sofortigen Gesamtträumung
den Beratungen oder wir fanden uns zu einer Fort-
setzung der Verhandlungen auf einer breiteren Basis bereit.
Im ersten Fall wäre zweifellos „Klarheit“ geschaffen worden.
Aber diese Klarheit hätte unsere auswärtige Politik zu be-
stimmten Konsequenzen verpflichtet. Sie hätte den
Weg des Versuches einer Verständigung mit den West-
mächten verlassen und andere Bahnen einschlagen müssen.
Aber wo waren die neuen Bahnen zu finden, und
wenn sie gefunden worden wären, würden die besetzten Ge-
biete von ihrem Betreten irgendwelche Vorteile gehabt
haben? Es war ja nicht allein Frankreich, das
nein sagte, sondern England, Italien und die anderen be-
standen und befanden sich mit ihm in voller Uebereinstimmung.
Irgendwann hätte Deutschland doch auf die ursprüngliche
Straße zurückkehren müssen, und im besten Fall wäre dann
viel kostbare Zeit verloren gewesen.

Vielleicht ist ein Teil der Erregung darauf zurückzu-
führen, daß sich das Auswärtige Amt zunächst auf einem
zu starren Geleise bewegte. Seine Formeln, die ja
auch der Öffentlichkeit bekannt wurden, waren etwas zu
unelastisch, und als man nun etwas beweglicher wurde, war
das deutsche Volk auf diese Wendung nicht recht vorbereitet.
Der Grundsatz war aufgestellt worden, daß die Räumungs-
frage mit keiner anderen Angelegenheit, auch nicht mit der
der Reparationen verbunden werden dürfe. Aber da man
geneigt war, „parallelen“ Besprechungen über die
finanziellen Wünsche der Franzosen zuzustimmen, ergaben
sich Schwierigkeiten für die Formulierung,
die in Deutschland, wo man noch dazu in weiten Kreisen kein
genügendes Verständnis für die absolute Notwendigkeit der
Reparationsregelung besitzt, nicht ohne weiteres verstanden
wurde. Es hat sich eben herausgestellt, daß man zu Kon-
ferenzen, die noch dazu in Genf unter dem Scheinwerfer der
gesamten internationalen Presse stattfanden, nicht mit einer

Der Arbeitertag bedingt erlaubt.

Falls Einigung mit der Heimwehr erfolgt.

Wien, 2. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Sozialdemokratischen Partei wurde am Dienstag vom Lan-
deshauptmann Buresch mitgeteilt, daß das Verbot des Arbeitertages
in Wiener-Neustadt aufgehoben werde; die hieran geknüpfte
Bedingung besteht darin, daß eine Demarkationslinie
in der Richtung des Wiener-Neustädter Kanals zwischen beiden
Parteien vereinbart und garantiert werde. Außerdem
sollen am Mittwoch die staatlichen Behörden mit dem Wiener-Neu-
städter Magistrat über die Abgrenzung der Veranstaltungen be-
stimmte Vereinbarungen treffen, die eine reibungslose
Durchführung der beiden Kundgebungen ermöglichen.

Die Regierung hat also das Verbot der sozialdemokratischen
Kundgebung aufgehoben; sie steht aber nach wie vor im Begriff,
den Wünschen der Heimwehren in jeder Beziehung
Rechnung zu tragen. Der Wiener-Neustädter Kanal, der als
Demarkationslinie gedacht ist, ist doch schon seit Jahren zugeschüttet.
Es handelt sich also nur um eine seltene Demarkationslinie, die
an dem noch unstillen Hauptplatz vorbeiläuft. Die Kund-
gebung der Heimwehr dürfte danach bis an den Hauptplatz reichen.
Was mit dem Hauptplatz selbst geschehen wird, soll in den Be-
sprechungen festgelegt werden. Der Plan des Landeshauptmanns

ist also nicht eine Lösung der kritischen Situation, sondern stellt
lediglich den ursprünglichen Zustand wieder her.

Bayerische Polizei für die Seipelregierung.

München, 2. Oktober. (Eigenbericht.)

Am Dienstag sind nach der Meldung eines hiesigen Blattes
vom Verladebahnhof München-Laim 500 kriegsmar-
schmäßig ausgerüstete Landespolizisten an die
österreichische Grenze abgerollt, wo sie für den
7. Oktober der österreichischen Regierung zur Ver-
fügung stehen sollen. Mit dem gleichen Ziel sollen auch in an-
deren bayerischen Städten Kontingente grüner Polizei verladen
worden sein.

Das bayerische Innenministerium gibt den Abtransport von
Polizisteneinheiten zu, bestreitet aber, daß das irgend etwas mit
den in Wiener-Neustadt geplanten Kundgebungen zu tun habe.
Zweck des Transportes sei lediglich die alljährliche Felddien-
stübung der Landespolizei, die dieses Jahr in der Wies-
bacher Gegend, allerdings unweit von der Tiroler Grenze, ab-
gehalten werde.

Labour für Abrüstung und Räumung

Auftakt des Parteitages in Birmingham.

Birmingham, 2. Oktober. (Eigenbericht.)

Dem Parteitag der Arbeiterpartei liegt eine von der Exekutive
unterbreitete Resolution zur auswärtigen Politik vor, die dem
Kongreß von dem Führer der Partei Ramsay MacDonald zur
Annahme empfohlen werden wird. Die Partei stellt darin mit tiefer
Enttäuschung fest, daß die Aechtung des Krieges von vielen Regie-
rungen mit Vorbehalten begleitet worden wäre, als ob der
Pakt selbst, das Völkerbundsstatut und das Locarno-Abkommen
überhaupt nichts zur Sicherheit der Welt beigetragen hätten. Ein
groß Teil der Verantwortung für die gegenwärtigen Schwierig-
keiten trifft die britische Regierung, die 1. einen so wichtigen
Plan für die Organisierung des Weltfriedens wie den Genfer Pakt
fallen gelassen habe, 2. die Bedeutung des Kellogg-Paktes
durch ihre Vorbehalte verringert habe, 3. sich geweigert
habe, die allgemeine Schiedsgerichtsklausel zu unter-
zeichnen, 4. durch ihre Weigerung, die Rüstungsausgaben in Groß-
britannien zu verringern, den gegenwärtigen Stillstand in den
Abrüstungsverhandlungen herbeigeführt habe, 5. die
Genfer Seeabrüstungskonferenz durch ihre Forderung, 70 Kreuzer
bauen zu dürfen, zum Scheitern verurteilt habe. Der Kongreß for-
dert die Regierung auf, den von der Völkerbundversammlung an-
genommenen allgemeinen Schiedsgerichtspakt ohne jegliche Ein-
schränkungen anzunehmen.

Die Entschliebung erklärt hierauf, die bestehenden Verhältnisse
rechtserstlichen eine sofortige energische Herabsetzung
aller Arten von Bewaffung, wobei betont wird, daß
ein Abrüstungsvertrag unwirksam sein würde, falls die ausgebildeten
Reserven ausgeschlossen werden würden. Gaskrieg und Verwendung

von giftigen Bakterien im Kriege müßten völlig verboten werden.
Es wird des ferneren im Hinblick auf die Gerüchte über neue ge-
heime Abkommen erklärt, daß eine Arbeiterregierung bei Ueber-
nahme ihres Amtes alle etwaigen geheimen Abkom-
men veröffentlichen und ihre weitere Wirksamkeit von einer
Parlamentsentscheidung abhängig machen werde. Die Resolution
schließt mit einer Forderung der sofortigen und be-
dingungslosen Zurückziehung aller ausländischen
Truppen aus dem Rheinland.

Die außenpolitische Debatte.

Birmingham, 2. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Parteitag der Arbeiterpartei hatte am Dienstag eine große
ausenpolitische Aussprache. Dabei kam allgemein die Besorgnis über
die internationale Lage zum Ausdruck, wobei sämtliche Redner ohne
Ausnahme die Hauptschuld für die eingetretene Verschlechterung der
internationalen Lage der gegenwärtigen konservativen Regierung
Englands zuschoben.

In der Rede, mit der MacDonald die Annahme der vor-
liegenden Resolution empfahl, betonte er, daß die von den ehe-
maligen Alliierten seit 1924 gewählten Methoden zur Herbeiführung
der Abrüstung auf einem fundamentalen Mißverständnis
der Notwendigkeiten der Situation beruhen. Jeder
Staat gehe bei den Genfer Verhandlungen von der Annahme aus,
daß ein Krieg ausbrechen werde und sei lediglich bereit, nach
einem Schlüssel abzurufen, der ihm seine militärische Stärke im Ver-
hältnis zu den anderen weiter sichere. Ein Ausweg aus diesem

durchaus gebundenen und der Öffentlichkeit vorher bekannt-
gegebenen Rüstungsplan gehen darf. Die Unterhändler müssen
eine gewisse Beweglichkeit besitzen, wenn sie nicht sehr
bald auf einem toten Punkt enden wollen. Erfreulicherweise
haben sie hier diese Beweglichkeit gefunden, ohne daß sie von
dem grundsätzlichen deutschen Standpunkt etwas aufgeben
hätten, und sie verdienen nicht im geringsten die Vor-
würfe, die von den patentierten Hütern der deutschen Ehre
gegen sie erhoben werden.

Aber nun die „Kontrollkommission“. Erstens
einmal haben auch die Franzosen an keine militärische
Kommission gedacht, sondern ihre Idee ging dahin, ein
Kollegium aus Zivilpersonen unter Zuziehung
eines deutschen Vertreters zu schaffen, das von Fall zu Fall
zusammentreten solle, um etwaige Verstöße gegen den Lo-
carnopakt zu konstatieren und gleichzeitig als erste Aus-
gleichsinstanz — vor Anrufung des Völkerbundsrats —
wirksam zu werden. Der Streit ging um die Existenzdauer
dieser Kommission. Die deutschen Vertreter hielten an der
Grenze von 1935 fest, die Gegenseite wollte diese Befristung
nicht gelten lassen. Es gab private Besprechungen, in denen
theoretisch die Frage der Zweifeltigkeit einer solchen
Kommission von längerer Dauer erörtert wurde, das heißt,
daß man sich darüber unterhielt, ob es denkbar sei, nicht nur
die entmilitarisierte Zone in Deutschland, sondern auch ent-

sprechende Gebiete in Frankreich und Bel-
gien zu kontrollieren. Es wurde auch darüber diskutiert,
ob ein derartiger Ausschuh nicht etwa für alle zwischen den
in Betracht kommenden Staaten strittigen Fragen für zu-
ständig erklärt werden könne. Diese Unterhaltungen
waren es, die den Anlaß zu dem Geschrei über den Landes-
verrat der Sozialisten und anderer vaterlandsloser Elemente
bildeten! Schließlich ist in das Kommuniqué der Satz auf-
genommen worden, daß man prinzipiell die Angelegen-
heit für erwägenswert halte, aber wiederum wurde der
deutsche Standpunkt in keiner Weise preisgegeben.

Bestehen bleibt also, daß zum ersten mal die Gegen-
seite die frühere Rheinlandräumung offiziell als dis-
kussionsfähig anerkannt hat und daß die Tore zu dieser Dis-
kussion geöffnet sind. Wir fragen: Haben die Deutsch-
nationalen, als sie in der Regierung waren, und haben
sie, als im vorigen Jahr der Abgeordnete Hoersch der
deutschen Delegation angehörte, einen ähnlichen Er-
folg aufzuweisen gehabt? Sie wissen sehr wohl,
daß dem nicht so ist. Sie wissen vielleicht auch, daß Vertreter
der Westmächte ihre größere Verhandlungsbereitschaft aus-
drücklich mit dem Ausfall der letzten deutschen
Wahlen begründet haben. Ihre Kritik ist Demagogie,
und hinter ihren Anklagen verbirgt sich der Wunsch, die
eigene Erfolglosigkeit in Vergessenheit zu bringen.

trägerischen Firtel sei nur möglich, wenn ein Staat mit einem neuen Ausblick die Abrüstung in Genf anschnide.

Schärfste Kritik an der Außenpolitik.

Im weiteren Verlauf des Parteitagcs kritisierte Sir Oswald Mosley namens des Parteivorstandes die Haltung der Regierung, die in Genf die Aussicht auf eine Weltabrüstung zerstört habe. Ein von der Gewerkschaft der Schneider vorgeschickter, stark kommunistisch orientierter Redner machte dann den ausschließlichen Versuch, eine Erziehung der Resolution der Exekutive durch die Thesen des russischen Abrüstungsvorschlages durchzuführen.

Mit den Reden des Völkerrichtslehrers Professor Baker, des Marinischmanns Kommander Kenworthy und des ehemaligen liberalen Ministers und jetzigen Unterhausmitgliedes der Arbeiterpartei Wood Benn erreichte die Diskussion schließlich ein ganz ungewöhnlich hohes Niveau. Sämtliche Redner legten den Schwerpunkt der Kritik auf das

Verfagen der britischen Außenpolitik in Genf.

Benn tadelt die Regierung, daß sie die stupidesten Mitglieder des Kabinetts als Vertreter Großbritanniens nach Genf entsende. Baker wies nach, wie die Haltung der Briten in Genf das Prestige Englands im Zustand aufs schwerste geschädigt habe. Kenworthy ging auf die ägyptenpolitische ein und stellte unter stärkstem Beifall des Parteitagcs fest, daß Großbritannien zu feig sei, offen vorzugehen und daher die verächtliche Politik in Ägypten betreibe, eingeborene Verräter an ihrem Volk in den Dienst zu stellen.

Der Parteitag verabschiedete dann einmütig die — oben wiedergegebene — Resolution, die jede zukünftige Arbeiterregierung u. a. verpflichtet, sämtliche Geheimabkommen sofort nach Regierungsantritt zu veröffentlichen und die sofortige Räumung des Rheinlandes von fremden Truppen einzutreten.

Volkspartei gegen Stahlhelm.

Austritt der Abgeordneten der Volkspartei.

Die „Nationalliberale Correspondenz“, der parlamentarische Pressedienst der Deutschen Volkspartei, meldet:

„Der Vorstand der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat sich in Anwesenheit von Mitgliedern der Fraktion, die auch dem Stahlhelm angehören, eingehend mit den letzten Vorgängen im Stahlhelm und insbesondere mit seinen letzten Kundgebungen beschäftigt. Die Anwesenden sind einstimmig zu folgender Auffassung gelangt: Die Deutsche Volkspartei hat seit der überparteilichen Bestrebungen des Stahlhelms mit Sympathie verfolgt und es begrüßt, daß auch ihre Mitglieder sich an diesen Bestrebungen beteiligten. Mit den neuerlichen Vorgängen hat sich der Stahlhelm indes auf das Gebiet einer von seiner früheren Zielsetzung abweichenden politischen Betätigung gegeben. Mit Rücksicht auf die sich hieraus mit Notwendigkeit ergebenden Konflikte zwischen Partei- und Stahlhelmmitgliedschaft hält es der Vorstand für politisch nicht mehr möglich, daß Mitglieder der Fraktion weiterhin dem Stahlhelm angehören.“

Die Landtagsfraktion der Volkspartei veröffentlicht eine eigene Erklärung, in der es heißt:

„Durch die neuerlichen verschiedenen Botschaften und Verlautbarungen des Stahlhelms werden für die Abgeordneten, die zugleich Mitglieder des Stahlhelms sind, Konflikte heraufbeschworen, die vermieden werden wären, wenn der Stahlhelm seine ursprüngliche, von den Abgeordneten der Deutschen Volkspartei stets begrüßte überparteiliche Einstellung beibehalten hätte. Solange eine Abkehr von dieser neuen Richtung im Stahlhelm nicht erfolgt, sind die Abgeordneten der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei zu ihrem Bedauern nicht mehr in der Lage, im Stahlhelm mitzuarbeiten und werden deshalb ihren Austritt aus dem Stahlhelm erklären.“

Man bedauert und möchte sich die Rückkehr vorbehalten. Freibleibendes Abrücken vom Stahlhelm.

In der Sache selbst bedeuten diese Erklärungen eine neue Spaltung des Stahlhelms und seiner Volksbegehrenspläne. Herr Hugenberg hat mit seiner Sammlung wenig Glück.

Was ist Beamtenfreiheit?

Deutschnationale Anfragen und Widersprüche.

Im Preussischen Landtag sind trotz kurzer Tagungsdauer schon wieder rund 250 kleine Anfragen eingelaufen. Der Löwenanteil entfällt auf die Deutschnationalen, bei denen sich einige Abgeordnete durch besondere Fragen auszeichnen. So auch zwei Schulmänner, der Oberstudiendirektor Delze und der Rektor Lufassowik. Doch im Drang oppositioneller Fragezeit passiert es mitunter, daß die Rechte nicht weiß, was die Linke tut bzw. daß Delze darauflos fragt, ohne die gleichzeitigen Anfragen seines Fraktions- und Beamtenskollegen Lufassowik zu kennen.

Unter Nr. 235 beschwert sich Delze über den Oberpräsidenten Koske, weil dieser auf einer Tagung der Direktoren höherer Schulen der Provinz Hannover erklärt habe: die Republik könne nicht länger dauern, daß die Schüler in staatsfeindlichem Sinne unterrichtet würden. In absehbarer Zeit würde kaum noch ein Pädagoge zur Leitung einer höheren Lehranstalt berufen werden, von dem nicht feststände, daß er sich bei sonstiger Eignung zur republikanischen Ordnung bekenne. — Entrüstet fragt Herr Delze, wie sich diese Äußerungen mit Artikel 118 der Reichsverfassung vertrügen und was die Staatsregierung zu tun gedenke, um der Beunruhigung der Beamtenschaft wegen Bedrohung ihrer Grundrechte entgegenzutreten.

Aber nur zwei Nummern von Herrn Delze entfernt empört sich unter Nr. 238 Rektor Lufassowik über den demokratischen Rektor Hermann in Brestau. Herr Lufassowik meint oder will gehört haben, daß Hermann als Vorstandsmittglied an dem Beschluß des Breslauer Reichsbanners mitgewirkt habe, sich am Empfang des Reichspräsidenten von Hindenburg nicht zu beteiligen. Woll stützlicher Entrüstung verlangt Herr Lufassowik, daß dieses Verhalten des Rektors Hermann streng geahndet werde, namentlich auch dadurch, daß Hermann nicht wie beabsichtigt zum Kreislehrer befördert werde!

Was verstehen nun die Deutschnationalen unter Beamtenfreiheit der Beamten? Herr Delze erklärt es für einen Verstoß gegen die demokratischen Grundrechte, wenn ein Schulmann deshalb nicht zum Rektor befördert wird, weil er im Amt ein republikanisches Verhalten an den Tag legt. Herr Lufassowik aber verlangt, daß ein Rektor nicht zum Schulrat befördert werde, weil der Mann — nicht etwa in amtlicher Stellung — sondern als Vorstandsmittglied eines privaten Vereins gegen die Teilnahme seines Vereins an einer Ehrung des Reichspräsidenten gestimmt haben soll.

Was ist hier nun Richter: die Logik oder die Aufrichtigkeit?

Abschluß der Reichsbannertagung.

Abstimmungen. — Satzungsänderung. — Ehrung Hörfings.

Hannover, 2. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Bundes-Generalversammlung des Reichsbanners fand am Dienstag mit der Wiederwahl des alten Bundesvorstandes ihren Abschluß. Der Wahl voraus ging die Abstimmung über die vorliegenden Anträge. Angenommen wurde u. a. ein Antrag, mit den ausländischen Frontsoldaten-Organisationen, soweit sie den Frieden erstreben, in nähere Verbindung zu treten. Weiter soll der Zustand der Kriegergräber kontrolliert und Einfluß darauf genommen werden, daß sie besser instandgehalten werden. Am Siege jeder Gauleitung soll eine Stelle zur Abwehr von Angriffen auf die republikanische Staatsform eingerichtet werden. Rüststätten dürfen Denkmäler und Ehrenzeichen nur mit Genehmigung des Bundesvorstandes errichtet werden. Mitglieder des Reichsbundes können nicht Mitglieder des Reichsbanners sein. Die Werbeweche soll auf eine spätere Jahreszeit verlegt werden. Der Bundesvorstand wird beauftragt, alle zweckdienlichen Maßnahmen zu treffen, um den 11. August zum gesetzlichen Feiertag zu erheben. Die Bundesorgane „Reichsbanner“ und „Illustrierte Reichsbannerzeitung“ sollen zu den bisherigen Preisen bestehen bleiben. Falls politische oder wirtschaftliche Verhältnisse eine Änderung notwendig machen sollten, soll der Vorstand entsprechende Vorschläge machen. Der Bundestag hat endgültig zu beschließen. Bei der Reichsbannerverwaltung soll der Bundesvorstand dahin wirken, daß das Verbot zurückgezogen wird, nach dem Fahnenmasten zum Hissen der Reichsfahne auf den Bahnhöfen nicht aufgestellt werden dürfen.

Annahme des Satzungsentwurfs.

Hoffmann-Chemnitz berichtet dann über die Vorschläge der Satzungscommission. Der Gau Berlin-Brandenburg stellt den Antrag, die Abstimmung über die Satzungen bis zum nächsten Bundestag zurückzustellen, aber die Bestimmungen über Rechtsschutz, Beihilfe und Sterbegeld bei Unfall und Tod im Dienste des Reichsbanners sofort in Kraft treten zu lassen. Der Antrag löste eine längere, teilweise recht lebhafte Debatte aus, die schließlich dazu

führte, daß in der Mittagspause die Satzungscommission noch einmal zur Durchberatung der Vorlage zusammentrat.

In der Nachmittagsitzung wird der vorgelegte Satzungsentwurf mit großer Mehrheit angenommen. Er bringt eine Beitragserhöhung von 10 Pf. pro Monat, dafür aber eine Reihe von Unterstützungseinrichtungen, so ein Sterbegeld bei Tod im Dienste des Reichsbanners, bei Tod durch Unfall und bei natürlichem Tode, ferner einen Krankengeldzuschuß bei Krankheit oder Verletzung im Dienste des Reichsbanners.

Es halten dann zwei Vertreter des besetzten Gebietes kurze Ansprachen, in denen sie eindringlich die Not des besetzten Gebietes schildern und dem Reichsbanner Hermann Müller für seine Bemühungen in Genf, eine Räumung der besetzten Gebiete herbeizuführen, Dank abstellen. Eine Räumung sei im Interesse des Friedens dringend erforderlich.

Ehrung Hörfings.

Am Anschluß an die Wahl erfolgt unter lebhaftem Beifall eine besondere Ehrung Hörfings. Stellung-Berlin überreicht ihm im Auftrage von 30 Gauen mit Worten herzlichsten Dankes für seine bisherige Tätigkeit ein von einem hervorragenden Künstler gemaltes Bild Hörfings. Stellung verbindet mit diesem Dank die Hoffnung, daß Hörfing recht bald wieder seine volle Gesundheit erlangt. „Wir verbinden“, so schloß er, „mit diesem Danke das Gelübde, mit ihm als unserem Führer weiterzuarbeiten für die freie, deutsche, soziale Republik.“

Vorsitzender Scheffel sagt das Ergebnis der Generalversammlung in einem passenden Schlußwort zusammen. Er dankt den hannoverschen Kameraden für die Fürsorge und den guten Rahmen, die sie der Generalversammlung gaben. Die Tagung sei ein Beweis für die Stärke und Geslossenheit des Reichsbanners, die durch nichts zu erschüttern sei: „Wir arbeiten mit unserem ganzen Herzen für die deutsche Republik, weil dieser Staat unser Staat ist.“ Mit einem Hoch auf die deutsche Republik wurde die Bundes-Generalversammlung am späten Nachmittag geschlossen.

Partei und Wehrproblem.

Zusammentritt der Kommission.

Am Dienstag vormittag trat in den Räumen des Parteivorstandes die Kommission zusammen, die die Stellung der Partei zum Wehrproblem programmatisch fixieren soll. Sie besteht aus den Genossen Beeltzfeld, Crispian, Dittmann, Haubach, Höltermann, Hünlich, Kubitz, Künstler, Leber, Mayr-München, Mierendorff, Rosen, Quard, Schöpslin, Toni Sender, Stämpfer und Ströbel. Die Kommission wählte Dittmann zu ihrem Vorsitzenden und Dr. Mierendorff zu ihrem Sekretär. Sie trat darauf in eine allgemeine Aussprache ein, die bis in die späten Nachmittagsstunden dauerte. Es wurde beschlossen, einige Gutachten einzufordern und nach ihrer Erstattung im November die Beratungen fortzusetzen.

Konferenz der Ministerpräsidenten.

Gestern fand unter Vorsitz des Reichskanzlers und in Anwesenheit aller in Berlin weilender Mitglieder des Reichskabinetts die Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder über den Verlauf und das Ergebnis der Genfer Verhandlungen statt.

In den eingehenden Berichten des Reichskanzlers, welcher durch Ausführungen des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Schubert für einige Spezialfragen ergänzt wurde, schloß sich eine Aussprache. Sie ergab völlige Uebereinstimmung in der Auffassung über die Haltung der Deutschen Delegation in Genf, die einmütige Billigung fand.

Frankreichs Standpunkt zur Reparationsfrage.

Paris, 2. Oktober. (Eigenbericht.)

Der „Temps“ erklärt am Dienstag in einem „Deutschland und die nächsten Verhandlungen“ überschrieben Artikel, die Stellung des Reichskanzlers sei sehr heikel, da aus Kreisen der Volkspartei und des Zentrums gegen jede Regelung der Reparationsfrage durch gleichzeitige Verhandlungen über die Reparationen und das Feststellungs- und Befriedigungsausschuss Stellung genommen werde. Immerhin sei bereits ein Fortschritt erzielt worden, da man heute anerkenne, daß der Kanzler in Genf etwas erreicht habe. Daher auch die freundliche Aufnahme, die die Rede Poincarés bei den Parteien der Mitte und der Linken in Deutschland gefunden habe. Wenn von diesen Seiten freilich bemerkt werde, daß Deutschland bei der Bezahlung der Kriegsschulden und nicht der Schulden Frankreichs verpflichtet, so sei das absolut falsch, da die Geldschulden allein von Frankreich gelöst worden seien und von Deutschland gar nicht gedeckt werden

Vor fünfzig Jahren.

Für Meinungsfreiheit — trotz Ausnahmegesetz!

5. Oktober 1878.

Die sozialdemokratische „Berliner Freie Presse“ schreibt zu den Beschlüssen der Sozialistengesetz-Kommission:

„Das Hauptprinzip, das die erwachten Völker als Fundament des Rechtsstaates, als die Grundpfeiler der Kultur proklamieren, war das der absoluten Vereins-, Versammlungs-, Press- und Redefreiheit.“

Nur die unbeschränkte Vereins- und Versammlungs-, Press- und Redefreiheit, das unbeschränkte Recht, die Meinungen schriftlich und mündlich gegenseitig auszutauschen — das ist das einzige Mittel zur Bildung der Menschheit. Durch die freie Vereinigung war der Geist der Kultur gelegt worden, durch die Vergewaltigung dieser freien Vereinigung wurde die naturgemäße Entwicklung der Kultur gehemmt, und nur das System der auf dem Prinzip der absoluten Redefreiheit beruhenden freien Vereinigung ist es, durch das die Kultur fortentwickelt werden kann. Jede Einschränkung der Versammlungs- und Redefreiheit ist ein mörderischer Stich in das Herz der Zivilisation, in das Herz des Völkerebens...“

Und dazu protestieren wir mit der ganzen Kraft unserer christlichen Überzeugung gegen jeden solchen frevelhaften Versuch und werden nicht aufhören zu protestieren, trotz Ausnahmegesetz!

Wanten. Immerhin müsse man Deutschland, wenn es neue Abschlüsse verlange, darauf hinweisen, daß Frankreich nicht seine Provinzen allein wieder aufbauen und noch dazu alle seine Schulden bezahlen könne.

Deutsche in Franzosenhaft.

Fremde Justizhoheit auf Reichsgebiet.

Landau, 2. Oktober.

In das französische Untersuchungsgefängnis in Landau ist außer vier Jugendlichen, die wegen Diebstahl verhaftet wurden und von denen einer ihnen Revolver bei sich führte, mit dem er sich angefallen hatte, 45 Dienstmädchen Griem aus Kallerslautern eingeliefert worden. Das Mädchen wurde vor einiger Zeit von Marokkanern und Ananiten schwer mißhandelt und von der französischen Behörde unter der Anschuldigung verhaftet, den Verfall gefunden zu haben, obwohl die Behörde selbst zugeben hat, daß ein Raubdelikt der farbigen Franzosen vorliege.

Flottenkompromiß wird veröffentlicht.

Beschluß des französischen Kabinetts.

Paris, 2. Oktober. (Eigenbericht.)

Der französische Ministerrat beschloß sich am Dienstag, einer Meldung des „Temps“ zufolge, ausführlich mit der durch das englisch-französische Flottenkompromiß geschaffenen Lage und entschied sich mit großer Mehrheit für dessen Veröffentlichung. Außenminister Briand erhielt den Auftrag, mit dem Völkerverein darüber in Verhandlungen einzutreten.

„Havas“ weiß dazu zu berichten, daß auch in englischen Regierungskreisen Geneigtheit zur Veröffentlichung bestehe.

Keine Schuldenerfreichung!

Washingtoner Regierungserklärung.

Washington, 2. Oktober.

Auf eine Anfrage, die auf Poincarés Rede in Chamberg Bezug nahm, wurde heute im Weißen Hause erklärt, Vorschläge, daß die amerikanischen Steuerzahler, die deutsche Reparationen bezahlen sollten, seien wiederholt gemacht worden und würden offenbar auch weiterhin gemacht werden. Amerika lehne derartige Vorschläge ab und könne auch keinen Zusammenhang zwischen den Reparationen und den überten Kriegsschulden sehen. Diese seien durch Abkommen geregelt, die bis auf einen förmlich ratifiziert worden seien. Der Präsident halte eine weitere Diskussion dieser Frage in der Presse für nutzlos und betrachte das Kapitel der alliierten Schulden als geschlossen.

Der Kurs der PPS.

Keine Annäherung an Pilsudski.

Warschau, 2. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Regierungspresse verbreitet in letzter Zeit hartnäckig Gerüchte über eine bevorstehende Spaltung der PPS; sie behauptet, die Initiative des Sozialisten Dąbski, die Frage der künftigen Wiederwahl im Parlamente von den Parteiführern des Sejm beraten zu lassen, werde den Pilsudski-Anhängern innerhalb der PPS Gelegenheit geben, die Parteileitung an sich zu reißen und die Partei aus der bisherigen Oppositionstellung hinaus zur Zusammenarbeit mit dem Regime zu führen. In der Sitzung der Parteiaussschusses der PPS hat sich mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß bei diesen Gerüchten der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen ist. Fast einmütig wurde die Resolution einer verbindenden Minderheit abgelehnt, die die Anlehnung an den Regime offenhalten wollte und eine andere Resolution angenommen, die die Beibehaltung der bisherigen scharfen Opposition gegen die Regierung verlangte. Eine weitere Entscheidung schloß sich der letzten Entschlüsse der Komintern die Befestigung des entschiedenen Kampfes gegen die Kommunisten vor. Die Resolutionen werden dem Parteikonferenz im November zu Genesie vorgelegt.



die für irgendeine Schreibmaschinenfabrik im Schaufenster „tippt“. Aber auch sie muß schon dann rechnen, daß ihr weniger auf die Finger, als auf die in Seidenstrümpfen schimmernden Beine gesehen wird. Und das ist die Absicht der Firma, die sich hüten wird, eine ältere Frau oder einen Mann ins Schaufenster zu setzen. Man braucht einen hübschen Ladvogel. . . Und nun reicht sich für den aufmerksamen Strochenspassanten Bild an Bild, die den klassendebewussten Proletarier, dessen Leben erfüllt ist vom Kampf für Menschenwürde, die Jornerstraße ins Gesicht treibt.

Die Ladvögel.

Vor einem Geschäft in der Friedrichstraße, in dem nur Artikel verkauft werden, die nur eine Frau interessieren dürften, standen Tag für Tag respektable Männergruppen, so daß man glauben konnte, ein Männer-Gesangsverein bringe dem Geschäftsinhaber täglich ein Ständchen. Was war zu sehen? Im Schaufenster machte ein hübsches Mädchen Reklame für Büstenhalter, Korsetts, Leibbinden, Gurmiestrümpfe und Strumpfhalter. Mit eleganten Bewegungen und ewig lächelndem Gesicht zeigte die hübsche und leicht belledete Dame die Artikel, die der Herrenwelt doch ziemlich gleichgültig sein müßten. Der Türschleüher des Geschäftes hatte alle Mühe, die Ordnung aufrecht zu erhalten, denn das Interesse an der Dame im Schaufenster war riesig groß. Und seinen geringeren Auslauf verursachte ein anderes Geschäft, in dem Potentbetten ausgestellt waren. Mit ihnen zwei junge Damen — sie trugen schwarze Rastan, die so ziemlich ihre einzige Bekleidung waren — die der

Wie das Tempo der industriellen Produktion, so ist auch das der Reklame auch in Europa amerikanisch geworden; mit rasender Hocht und mit ungeheurer Wucht stürmt sie auf die Massen ein und macht den Versuch, sie mit Sensationen an sich zu fesseln. Dabei ist es das Ideal der Werbefachleute, den Menschen in den Mittelpunkt es das Ideal der Werbefachleute, den Menschen in den Mittelpunkt es das Ideal der Werbefachleute, den Menschen in den Mittelpunkt

Produktive Arbeit im Schaufenster.

Man hat gar nichts gegen den türkschen Teppichweber, der inmitten der Pracht orientalischer Teppiche hinter der dünnen Glaswand sitzt und mit emsigen Fingern die bunten Fäden durch die schwebenden Ornamente zieht. Oder gegen den gutmütig lächelnden Nagel, der in einer Rolltreppe vor den Augen des Publikums in blinkenden Gefäßen den duftenden Trank bereitet. Erinnert sei auch an die Bögler in den „amerikanischen Schnellbügelmaschinen“, die ebenfalls, allen sichtbar, ihre Arbeit verrichten. In die gleiche Kategorie sind die jungen Arbeiterinnen einzureihen, die vor aller Augen Läden mit Zahnpasta füllen, oder an kleinen Maschinen, die technischen Wunderwerken gleichen, Bonbons einwickeln. Gewiß, auch diese Arbeit gehört zur Reklame; aber jeder Zuschauer weiß, daß er hier arbeitende Menschen vor sich sieht und keine willenslosen Schauobjekte.

Harmlos noch das Bild, das die Maschinenschreiberin bietet,



stimmenden Herrenwelt zeigten, wie eine Frau sich an- und auszieht, ins Bett steigt, im Bett liegt und wieder hinausstiegt. Des Jäten die Damen unermüdlich. In ihren Augen der starre Blick, der vergebens verusche, an den Zuschauern vorbeizulehen, auf den Lippen das von der Firma gewünschte „verführerische“ Lächeln, im Innern aber sicher die Sehnsucht nach dem Schluß der Geschäftszeit, nach dem Feierabend, der aus der Reklamefigur wieder einen Menschen macht.

In einem Schuhgeschäft drei Proletariermädchen. Geschminkt, Röcke weit bis über die Anie, seidenbestrumpft. Schuhe zeigen sie. Reizende, elegante Luxuschuhe, von denen sie selbst sich nie ein Paar kaufen können. Denn für ihre Tätigkeit drückt man ihnen ein



Trinkgeld in die Hand. Die wenigsten von diesen Mädchen sind gewerkschaftlich organisiert. Ihre Beschäftigung ist eine Gelegenheitsarbeit. Ihr „Bild“, daß sie wohlgeformte Beine haben und ein hübsches Gesicht. Die Reklame braucht hübsche Masken, hübsche Puppenfiguren mit schönen Beinen. So sitzen sie im blendenden Licht hinter der dünnen Glaswand vom morgens bis abends als Clou einer sensationellen Reklame. . .

Und manches Mädchen hatte davon geträumt, ein Filmstar zu werden; jetzt muß es das farge Einkommen, das es als Filmstatistin verdient, durch eine „Arbeit“ verdienen, die auf die Gesichter der Zuschauer ein mitleidiges oder zynisches Lächeln entstehen läßt. Zerstreute Menschenwürde in blendender Lichtfülle. Reklame! Reklame! Es lebe der Profit!

Die unsterbliche Kirchensteuer.

Ein Genosse, der seit 1902 Mitglied der Partei ist, trat am 19. Juli 1906 aus der Landeskirche aus. Im Jahre 1928 forderte ihn das Finanzamt Wilmersdorf-Süd unter dem 6. Juli auf, 26 Mark Kirchensteuer zu bezahlen. Am 19. Juli erhob unser Freund gegen diese Veranlagung Einspruch, indem er erklärte, daß er bereits vor nunmehr 22 Jahren seinen Austritt aus der Religionsgemeinschaft erklärt habe und deshalb wohl keine Verpflichtung zur Zahlung von Kirchensteuer hätte. Im übrigen habe er sich in den Einwohnermeldebüchern stets als religionslos bezeichnet. Ihn sei deshalb die Einschätzung zur Kirchensteuer ein Rätsel. Das erkannte der Gemeindefiskusrat durch Schreiben vom 31. August 1928 auch an. Nach dieser Anerkennung schickte das Finanzamt Wilmersdorf-Süd Ende September unter Steuerzeichen 56/7264 eine erneute Aufforderung zur Zahlung der Kirchensteuer. Da pflegt der Berliner zu sagen: Jetzt bleibt mir die Spude weg!

Der Fall Larrier.

Von Tristan Bernard.

(Einzig berechnigte Übersetzung von H. Coltin.)

9.

Vor unserer Abreise aus Bar-le-Duc glaubte ich nichts unversucht lassen zu dürfen, um auf Larriers Spur zu kommen. Wir hatten keine anderen Anhaltspunkte als eine Personalbeschreibung und jene fünf-Franken-Stücke, die er beim Wechseln des Hundert-Franken-Scheines auf dem kleinen Bahnhof von der Schalterbeamtin herausbekommen hatte. Es schien mir wahrscheinlich, daß das raffinierte Schicksal gerade diese Geldstücke gewählt hatte, um mich auf die Spur des Schuldigen zu führen, und von neuem stellte ich Nachforschungen darüber an. Ich wandte mich noch an den Wirt des Bahnhofsbüfets, ebenfalls befragte ich den Wirt und die Kellner des der Station gegenüberliegenden Gasthofes, um zu erfahren, ob Larrier, während er auf den anderen Zug wartete, dort nicht eingelehrt sei, um mit den verräterischen zehn Franken zu bezahlen.

Aber ich erfuhr nichts, was mir von Nutzen hätte sein können, und ich mußte es aufgeben, diese Spur weiter zu verfolgen. So blieb mir nichts anderes übrig, als nach Paris zu fahren und den Zufall walten zu lassen.

Von Zeit zu Zeit sagte ich zu Blanche: „Da heißt es geduldig mit Methode vorgehen.“ Zwei Minuten lang überlegten wir oder glaubten vielmehr zu überlegen, und wir träumten. . . Dann nahmen unsere Gedanken eine andere Richtung. Weder sie noch ich waren fähig, uns auf unseren Reizwed zu konzentrieren: sie, weil es sie langweilte, ich weil ich ohne Selbstvertrauen war. Die Verwicklungen des Lebens erschreckten mich, und ich war von dem Eindruck beherrscht, daß es mir nie gelingen würde, dieses Geheimnis aufzuklären.

So lange es ausgesehen hatte, daß wir durch unsere Nachforschungen ein bestimmtes Ziel erreichen würden, waren Blanche und ich unbeschäftigt zusammen gewesen. Aber jetzt schien es uns, daß dieser Vorwand unseres Beisammenseins weniger stichhaltig wurde, denn unsere Hoffnung, Larriers Spur in Paris wiederzufinden, war wirklich recht gering.

Ich suchte in meinen Erinnerungen, ich bemühte mich, mir manche Unterhaltungen, die ich mit meinem Freunde gehabt hatte, ins Gedächtnis zurückzurufen. Hatte er mir nicht von einem Hotel erzählt, in dem er in Paris abzustiegen pflegte? Aber es war kaum anzunehmen, daß er in diesem Hotel, in

dem er bekannt war, wohnen würde, doch schließlich mußte man auch diese Möglichkeit in Erwägung ziehen.

Frühzeitig reisten wir nach Paris ab, wir fuhren zweiter Klasse. Blanche hatte dazu geraten. Sie wollte absolut die Unkosten ihrer Reise selber bezahlen. Ich weigerte mich, aber da sie darauf bestand, war ich gezwungen, ihren Anteil zu nehmen, denn eigentlich gehörten wir ja auch nicht zusammen. Wir reisten einfach gemeinschaftlich wie zwei Kameraden, und kein intimeres Band berechnigte mich, ihre Reisen und ihre Hotelrechnungen zu bezahlen.

„Aber,“ wandte ich ein, „Sie werden doch gar nicht so viel Geld mitgenommen haben. . .“

Es ist merkwürdig, wie eine ganz zufällige Unterhaltung auf die gesuchte Spur führen kann. Diese einfache Frage erweckte eine Erinnerung in ihr, die für unsere Forschung sehr wichtig wurde.

So geht es einem oft: man sucht lange vergeblich einen verlorenen Gegenstand und findet ihn ganz zufällig, wenn man etwas anderes sucht.

Blanche hatte auf meine Frage geantwortet: „Ich habe kein Geld, aber ich kann mir in Paris welches verschaffen.“

Sie schlug sich an die Stirn:

„Da fällt mir etwas ein: Ich habe bei einem Sachwalter in Paris 300 Franken stehen. Ich hatte Larrier eine Vollmacht gegeben, diese Summe abzuheben und sie mir mitzubringen. Denn Sie wissen, daß er beabsichtigte, einige Tage nach Paris zu fahren. Es wäre doch merkwürdig, wenn er zu diesem Sachwalter gegangen wäre, um das Geld zu holen. Ich weiß sehr wohl, daß es ihm nicht gehört, aber da die gerichtliche Verfolgung ihn ganz sicher aus dem Gleichgewicht gebracht hat, würde ich ihn vollkommen entschuldigen, sogar seine Handlung billigen. Man könnte es ihm nicht verdenken, wenn er jede Möglichkeit, sich Geld zu verschaffen, ergriffe. Er weiß, daß ich nichts gegen ihn unternehmen würde.“

Unser Mittagbrot hatten wir uns in einem Korbchen mitgenommen und aßen es unterwegs. Der Zug kam gegen zwei Uhr in Paris auf dem Ostbahnhof an.

Ich nahm Blanchés Arm. Wie glücklich war ich, mit ihr durch jene Straßen zu schlendern, in denen ich aufgemacht war. Sie lagen um den Ostbahnhof herum, die Rue de Chabrot, die Rue d'Hauteville, das ganze Viertel machte einen sauberen, ein wenig strengen Eindruck, der durch die vielen Geschäftshäuser und durch das Kommen und Gehen der Reisenden nach dem Ostbahnhof und dem Nordbahnhof belebt wurde.

Meine Familie war nach Burgund verzogen, ich hatte

nur noch einige Betten in Paris, aus denen ich mir nichts machte, und die ich nicht zu besuchen beabsichtigte. . .

Ich war entschlossen, mit Blanche das ganze freie Leben fremder Reisender zu führen.

Wir stiegen in einem Hotel der Rue Vivienne ab, wo ich schon öfter gewohnt hatte. Blanche hatte ein Zimmer in der ersten Etage. Zuerst wollte man mir ein Zimmer neben dem ihren geben, aber ich nahm es nicht und verlangte eins in der zweiten Etage. Wir waren schon vertraut genug miteinander. . .

Aber wir hatten es uns ein für allemal zur Gewohnheit gemacht, wie gute Kameraden untergefängt zu gehen.

Wir waren zu Fuß ins Hotel gegangen. Unser Gepäck hatten wir einem Dienstmann übergeben, der mit seinem Handwagen am Bahnhof stand.

Nachdem wir unsere Zimmer bestellt hatten, gingen wir auf dem Boulevard spazieren und setzten uns dann auf die Terrasse eines Cafés. Wir hatten Eis bestellt und saßen vor unseren Tellern, unbewußt sehr vergnügt, daß wir beisammen waren. Da sagte Blanche plötzlich zu mir:

„Wir müßten vielleicht zu diesem Sachwalter gehen. Wenn Larrier sich das Geld von ihm geholt hat, werden wir so seine Spur haben; war er noch nicht da, so würde ich diese Summe abheben, die mir augenblicklich sehr zustatten kommen würde.“

Jetzt mußten wir den Namen des betreffenden Mannes feststellen. Er hieß so ähnlich wie „Morilleau“, aber Blanche wußte es nicht genau. Er wohnte Rue de la Victoire, sie erinnerte sich der Nummer, wir waren ganz in der Nähe, und begaben uns langsam dorthin.

Herr Morilleau hieß Moriceau. Er wohnte auf dem Hof im Hochparterre. Die Wohnung bestand aus mehreren dunklen Zimmern, in denen Alten angehaßt lagen. Er empfing uns selbst. Er war ein kleiner, bieder Herr, der mit einer gewissen Sorgfalt angezogen war, die sich aber mehr im Schnitt als in der Sauberkeit seiner Kleidung zeigte. Um den Hals hatte er eine breite schwarze Krawatte geschlungen. Keiner weißer Staub lag auf seinem Kragen und auf seinen Schultern. Eine doppelte goldene Kette ruhte auf der Weste über seinem runden Bauch.

Blanche Chéron erklärte ihm die Ursache ihres Besuchs, und kaum hatte sie angefangen zu sprechen, als Herr Moriceau die Augenbrauen erstaunt hochzog. Das Geld war nicht mehr in seinem Besitz. Larrier hatte danach geschickt. Moriceau erzählte uns, daß vor einigen Tagen — er nannte das Datum, es war der Tag nach dem Verbrechen — ein Herr zu ihm gekommen sei, von Larrier gesandt, was er auch durch eine regelrechte Vollmacht bemessen hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Zeppelin über England.

Deute über Berlin?

London, 2. Oktober.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ hat um 4.05 Uhr Ortszeit Lowestoft passiert und ist in nordwestlicher Richtung weitergefahren.

Friedrichshafen, 2. Oktober.

Die Junktion der Werft hat einen Junkspruch von Bord des „Graf Zeppelin“ erhalten, wonach das Luftschiff sich über der Nordsee befindet. Ein genauer Zeitpunkt ist nicht angegeben.

Der Wahrheitsliebe nach wird das Luftschiff die Nacht über der Nordsee verbrängen. Es ist im allgemeinen auf seiner Fahrt dem Lauf des Rheines gefolgt. Es flog um 15.30 Uhr über Köln, wo ihm zu Ehren die Dampfmaschinen geläutet wurden. Um 16.05 Uhr startete es dem westlichen Teile des Ruhrgebietes und der Stadt Essen einen Besuch ab und wandte sich dann in nordwestlicher Richtung fliegend wieder dem Niederrhein zu. Es wurde auf dieser Fahrt von zwei Flugzeugen begleitet. Um 16.48 Uhr passierte das Luftschiff Wesel, um 17.50 Uhr merkte die holländische Stadt Rom wegen seiner Ankunft und teilte mit, daß „Graf Zeppelin“, dem Lauf des Raaf folgend, Kurs nach Westen in Richtung Rotterdam genommen habe.

Gegen 11 Uhr abends gelang es dem Berliner Sender, mit dem Luftschiff zu sprechen. Dieses teilte mit, daß es am heutigen Mittwoch ab 8 Uhr morgens über Berlin erwartet werden sollte und dann auch mit dem Berliner Rundfunk sprechen werde.

Wie es war!

Die kalte Dusche vom „Zeppelin“.

Was, das ist die wahrste Geschichte von der Berichterstattung des Berliner Rundfunks über die Ankunft des neuen Zeppelin in Berlin, die nicht statgefunden hat.

Am 11. Uhr morgens stieg Alfred Braun auf das Dach des Nachbarhauses, um sich die Welt von oben anzusehen. War es eine Ahnung oder war es schon Wissen, daß er am Beginn verheißungsvoller von der Ankunft Chamberlins erzählte, die ungefähr ebenso verlaufen ist wie diese Richtungsfindung des Zeppelin in Berlin? Seine Beschreibung der Dächer der Potsdamer Straße war reizend, die Grammophonmusik unterhaltsam, aber — was war es mit dem Zeppelin?

Der Rundfunk merkte sofort: hier stimmt etwas nicht: Ueber dieses Gefühl konnte selbst die Unterhaltungsgabe eines Alfred Braun nicht hinwegtäuschen. Dann kam die Uebertreibung jenes aufschreienden und biamablen Gesprächs zwischen dem Rundfunksender Frankfurt am Main und dem Luftschiff. Hier ist die Freude und die Erwartung, der die eistale Antwort; wo wir sind und wohin wir gehen, das dürfen wir euch nicht sagen, denn zwei Großherzöge haben unsere Nachrichten gekauft, aber — ihr könnt heute nacht Grammophonmusik hören. Die Nuance war unverkennbar, die Zeute vom Luftschiff hätten ebenso gut sagen können: „Ihr könnt uns gerne haben.“

Da geschah etwas, was Herrn Alfred Braun wahrscheinlich selten zustoß: er stammelte etwas von störendem Straßensärm, vom ungenauen Verstandhaben, vom Richtungsflug werden aus diesem Gespräch. Ueber Alfred Braun, wir haben sehr wohl verstanden, daß Sie den Berliner Rundfunksendern nicht auf den Kopf sagen wollten: schaltet ab, es ist nichts zu machen, die Zeute haben sich an Hugenberg und Hlstein verkauft und scheinen auf euch wie auf die Erwartung des deutschen Volkes.

Aber vielleicht wäre etwas mehr Mut und etwas mehr Klarheit nach dieser eistalen Dusche vom „Graf Zeppelin“ am Plage gewesen!

Rotfrontüberfall auf Reichsbanner.

Ein brutaler Ueberfall wurde gestern abend auf den 23jährigen Reichsbannerkameraden Julian K. aus der Weberstraße verübt. K., der sich in Reichsbanneruniform auf dem Kochhausweg befand, wurde an der Weberwiese von mehreren Rotfrontkämpfern hinterrücks überfallen, zu Boden geschlagen und übel zugerichtet. Postante, die Augenzeugen des Ueberfalles geworden waren, hatten das Ueberfallkommando alarmiert, das gerade noch rechtzeitig genug eintraf, um den Räubersführer, einen 23jährigen Ernst Lornow aus der Strelitzer Straße, Mitglied des R.F.V., festzunehmen. Der Rohling wurde der Abteilung Ia. im Polizeipräsidium zugeführt.

Theorie und Praxis.

Die kommunistische „Welt am Abend“ schreibt am Schluß einer Artikelserie, die sich „Mörderinnen“ bezieht: „Das Recht, das Menschen sprechen, schließt freilich Irrtümer niemals aus, aber erst die Todesstrafe macht sie irreparabel.“

Brauo, richtig! Ausgezeichnet!

Uebrigens hat der sozialdemokratische deutsche Reichskanzler Hermann Müller an die Länderregierungen des Reiches einen Appell gerichtet, verhängte Todesstrafen bis zur endgültigen Reuregelung des Strafgesetzes nicht vollstrecken zu lassen, während im kommunistischen Sowjetrußland Todesstrafen noch wie vor verhängt und vollstreckt werden.

Ja, Bauer, das ist ganz etwas anderes . . .

Abonnementhefte der Reichsbahn.

Von einem süddeutschen Blatt wurde darauf hingewiesen, daß in München von der Reichsbahn Fahrscheine mit einer Preisermäßigung von 25 Proz. ausgegeben werden. Wie wir dazu erfahren, handelt es sich um eine Einrichtung, die bereits seit einem Jahr besteht und den Siedlungsverkehr dort erleichtern soll, wo kein eigentlicher Vorortverkehr besteht. So ist außer München die Einrichtung auch für Stuttgart, Bremen und Breslau getroffen.

Der Bergmann-Prozess.

Liebespaare stören das Geschäft.

In der Rohmittags-Sitzung des Bergmann-Prozesses kam es zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen dem Angeklagten Bergmann und Staatsanwaltschaftsrat Jacoby. Bergmann behauptete erneut, daß er sich um die Geschäfte nicht hätte kümmern können, da er dauernd von Dr. Jacoby, Frau v. Rüder und anderen Personen umlagert worden wäre. Staatsanwalt Jacoby sei fast täglich dagewesen, und er sei dauernd von der Arbeit abgehalten worden. Dr. Jacoby habe fast täglich bei ihm morgens angerufen, bis er ihn ermahnte, es zu unterlassen, denn er müsse immer mit seinen franken Füßen morgens die Treppe hinuntergehen, weil der Ankläger in den unteren Räumen war. Vorj.: Er hat also immer bei Ihnen zu Hause angerufen? Angekl.: Ja. Vorj.: In welchen Monaten war das? Angekl.: Das kann ich nicht mehr sagen. Ich soll immer Auskunft geben, was ich getan habe. Wie kann ich das als Kaufmann.

Das ist zuviel von meiner Gedächtniskunst verlangt.

Sehr interessant gestaltete sich die Vernehmung der Angeklagten Frau Wustrow, die u. a. erklärte, daß sie zwar keine Ahnung von den Lombardgeschäften gehabt habe, daß sie sich aber im stillen gedacht hätte, daß alles purer Schwindel sei. Auf Vorhalten des Vorsitzenden mußte sie jedoch zugeben, daß sie ihren Ehemann, der auch Angestellter bei Bergmann war, vor der Hochzeit über die betrügerischen Manipulationen aufgeklärt habe. Sie wolle deshalb auch aus dem Betriebe ausscheiden. Rechtsanwalt Dr. Frey hat, die erst 23jährige Angeklagte zu fragen, ob ihre Bedenken nicht auch dadurch beschwichtigt wurden, daß Geheimrat Sennowald und Staatsanwaltschaftsrat Dr. Jacoby in ihren Auskünften immer die Güte des Bergmannschen Unternehmens betonten. Der Vorsitzende fragte jedoch die Angeklagte, ob sie die Ueberzeugung hatte, daß Geheimrat Sennowald von den Doppelverpfändungen wußte. Als die Angeklagte daraufhin erklärte, daß sie dieses Gefühl gehabt hätte, entstand im Saale große Bewegung. Die Angeklagte sagte

auch, daß sie annahm, daß auch Dr. Jacoby von diesen Dingen unterrichtet war, da er stets mit Bergmann zusammenkam. Sie behauptete weiter, daß auch

Frau Bergmann über den gesamten Geschäftsbetrieb vollkommen unterrichtet

war, und daß sie auch von den Doppelverpfändungen Kenntnis hatte. Diese Aussage löste wiederum im Saale große Bewegung aus. Es wurde Frau Wustrow vom Vorsitzenden aus den Akten vorgehalten, daß sie in der Voruntersuchung zugegeben habe, 1100 M. von Bergmann zur Ausstattung erhalten zu haben. Sie und ihr Mann wollten, bevor sie aus dem Geschäft ausschieden, auch noch die Weihnachtsgattifikation mitnehmen. Der Vorsitzende fragte, ob sie nicht dann noch aus Dankbarkeit im Geschäft geblieben wäre. Die Angeklagte erklärte, daß sie zwar getündigt hatte, Bergmann hätte jedoch versprochen, daß sich alles bessern würde. Der Angeklagte Bergmann sagte, daß er dem Ehepaar Wustrow sogar 1600 M. gegeben habe, er wolle nicht, daß die beiden immer als verlobt im Geschäft herumkriechen und sand, daß es im Geschäftsinteresse lag, daß sie heirateten. Die Angeklagte erklärte, daß sie im Geschäft stürzte, wenn das Mädchen dauernd verliebt war, und als der Vorsitzende prompt erwiderte, daß man hier doch keine Ehe reißen solle. Im weiteren Verlauf der Verhandlung wurde Frau Wustrow über Irreführer und Nebenannahmen befragt, die sie als Angestellte im Geschäft Bergmanns bezogen hatte. Hierbei kündigte der Vorsitzende noch neue Ueberraschungen an.

Rechtsanwalt Jolenberg legt die Verteidigung nieder.

Rechtsanwalt Dr. Jolenberg hat die Konsequenzen aus seiner eigenartigen Doppelstellung einerseits als Verteidiger, andererseits als ein bisher unter Aussetzung der Verteidigung vor Gericht stehender Zeuge, gezogen und sein Mandat als Verteidiger des Mitangeklagten Kraach niedergelegt.

Mord an einem Reichswehrsoldaten.

Der Leichensund im Rediger Wald.

Im Rediger Wald, unweit der Militärschwimmanstalt, wurde gestern von der 23jährigen Arbeiterin Margarete Rudolf beim Holzammeln die Leiche des 32jährigen Gefreiten Herbert Heiser hinter einem Holzstapel gefunden. Die Leiche wies an der linken Kopfseite schwere Verletzungen auf, beide Hände waren über den Leib gelegt. Der Tote trug eine blaue Strickjacke und Militärhose.

Gegen 1/4 Uhr nachmittags traf die Berliner Mordkommission unter Leitung des Kriminalkommissars Lippe und Sanitätsrat Störmer ein.

Die Leiche wurde nach dem Bootshaus am Weißen See gebracht, wo der Verstorbene seit Monaten ein Zimmer inne hatte. Auf dem Tisch fand man Zigaretten, Brot und ein Beistiel liegen, sowie einen Kappstuch und ein Pfund Margarine. Das Bett war unberührt. Die Mordkommission fand ein Damentaschentuch und eine schwarzlackierte Damentaschentasche. Die Verletzungen des Toten mußten mit einem harten Gegenstand gemacht worden sein, es sind 4-7 Zentimeter lange Wunden. Im Hals zeigten sich Blutergüsse und weitere Verletzungen am rechten Unterarm. Helfert galt allgemein als tüchtiger Soldat. Er war mit einem Mädchen aus Potsdam verlobt. Als man seine Koffer öffnete, wurde in der Gehörlose ein Verlobungsring mit dem Buchstaben J. H. und wenige Pfennige gefunden, trotzdem H. erst am Sonnabend über 200 Mark Böhnung erhalten hatte. Die Ermittlungsbehörden sind davon überzeugt, daß der Soldat ermordet wurde. Heute vormittag findet die Obduktion in Potsdam statt.

Gewitter im Oktober.

Gestern abend ging über Berlin ein Gewitter nieder, das jedoch nur von kurzer Dauer war; es setzte gegen 10 Uhr ein und zog ziemlich rasch in südwestlicher Richtung weiter. Das Gewitter war von einem teilweise recht heftigen Hagel- und Graupelsturz begleitet. In Hamburg war in den gestrigen Mittagsstunden ein ähnliches Unwetter, allerdings von längerer Dauer, zu verzeichnen. Die Ursache des Gewitters ist auf den plötzlichen Einbruch sehr kalter Luftmassen auf der Rückseite eines Tiefdruckgebietes zurückzuführen. Die Eigenart in der vorgeschrittenen Jahreszeit besteht darin,

daß zur Gewitterbildung, ganz im Gegensatz zu den Wärmegewittern im Sommer, keine besonders hohen Temperaturen notwendig sind. — Im allgemeinen ist für die nächsten Tage mit einer Besserung des augenblicklich herrschenden Wettercharakters zu rechnen. Die Temperaturen bleiben weiter niedrig und es besteht Nachtfrostgefahr.

2000 Kinder marschieren.

Ein Werbelag der Roten Falken.

Dier Wochen hindurch war ein großer Teil der Berliner und Brandenburger Roten Falken in ihrer Zeitsagerrepublik zusammen. Alle lernten sich kennen und fühlten sich leidens als eine große Gemeinschaft. Eine Gemeinschaft, die immer neue Arbeiterbuden und Arbeitermädels zu sich ruft. Von diesem Gedanken und Wunsch war kürzlich auch der Rote Falkentag im Schillerpark getragen. Dem Fest ging ein Fackel- und Campionzug durch den Osten Berlins voraus. Boran rnte Fahnen und Pimpel. Alle Jungen und Mädels in blauen Kleidern und Ritteln. Einem Demonstrationsszuge mit brennenden offenen Fackeln stand ein Verband der Polizei entgegen. Die Jungen wußten sich zu helfen. In unermüdlicher Arbeit wurden in den Gruppen Campions geliebt und Transparente mit wirkungsvollen Aufschriften angefertigt. Dieser, der erste große Werbelag der Arbeitsgemeinschaft Kinderfreunde Berlin war ein Erfolg für das jüngste Glied der Parteibewegung. 2000 Kinder marschierten und ließen ihr schönstes Lied „Wir sind die Roten Falken, tragen ein blaues Gewand“ wieder und wieder in den dumpfen und aben Straßen des Berliner Ostens erklingen. Arbeiterkinder aus allen Bezirken der Großstadt waren gekommen, um die noch fernstehenden Kinder zu rufen.

Am darauffolgenden Sonntag kamen die Gruppen im Schillerpark zusammen. Um 3 Uhr rief ein Trommelmarsch alle Kinder, Eltern und Parteigenossen. Ein „rotes Dreieck“, Symbol des Aufwärtstrebens und des Aufstiegs, ragte über allen zwischen den Bäumen empor. Die Musikpalle der Roten Falken eröffnete die Feier mit einem mächtig gespielten Kampfliede. Sprechchorgruppen legten ihr Bekenntnis ab, das Bekenntnis aller Roten Falken: treu zur Arbeiterschaft zu halten, schon jetzt neben den erwachsenen Arbeitern zu stehen und in ihrer Kampffront mit zu marschieren. Und mit Begleitung sangen alle Anwesenden die Internationale. Einen Tag der Freude und Gemeinschaft hatten die Roten Falken allen Freunden und sich selbst bereitet. Die Feier zeigte, daß hier prächtige sozialistische Jugend heranwächst. Die gelungenen Veranstaltungen in den Bezirken, die dem Roten Falkentag vorausgingen, haben den Kinderfreunden neue Freude gebracht und viele Arbeiterbuden und Arbeitermädels den Roten Falken zugeführt.

Die Unterschlagungen bei der Stadtbank.

Große Unterschlagungen wurden, wie wir mitteilen, von dem Kassierer Komowski bei der Girokassa 53 in Reutlin verübt. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei, die sich nicht bloß auf Berlin, sondern auch nach außen hin, u. a. nach Danzig, erstreckten, haben ergeben, daß Komowski nicht nur einer Person oder einer Familie in Welkenese unterschlagene Gelder zu häuserankäufen und anderen Geschäften zur Verfügung gestellt hat, sondern mehreren Seuten. Allen gegenüber spielte er sich als Hausbesitzer und reicher Mann auf, der flüssiges Geld zu einem guten Zinsfuß anlegen wolle. Der Stadinspektor Storch aus der Weierstraße 152 ist an den Unterschlagungen des ungetreuen Kassierers nicht beteiligt. Storch, ein gutmütiger Mensch, hat nur infotern gegen seine Dienstvorschrift verstoßen, als er eine von Komowski im Jahre 1926 begangene Unterschlagung von 28 000 M. nicht sofort anzeigte. Er unterließ das mit Rücksicht auf die Familie des Kassierers und gab diejenige Gelegenheit, den Schaden zu decken. Erst jetzt, nach Aufdeckung der großen Unterschlagungen von 135 000 M., machte er von dem früheren Vorfall Mitteilung. Die damalige Unterschlagungsgeld ging Storch so nahe, daß er sich, wie wir auch bereits mitteilen, das Leben zu nehmen versuchte. Er liegt noch im Krankenhaus, sein Befinden läßt aber hoffen, daß er es demnächst verlassen und in seinen Dienst zurückkehren kann.



Was die Berliner vor 81 Jahren interessierte, davon sollte die Abendunterhaltung ein Bild geben. Streifzüge durch die „Rössische Zeitung“ von 1847 gaben die Anhaltspunkte für diese Veranstaltung. Jenny Lind, die gefeierte Koloraturjüngerin, und ihre Kollegin Henriette Sonntag tauchten aus dieser Vergangenheit auf, dazu harmlose Berliner Posen und Wortwitz. Im Hintergrund der Zeit zog aber schon das Gewitter von 1848 herauf. Wertwüdig aktuell klang die Mitteilung, daß eine Expedition „aufgebracht“ sei, um Nordpolfahrern zu Hilfe zu kommen. Die ganze Veranstaltung war neu und lehrreich. Zum Geburtstag des fünfzigjährigen Dichters-Malers Arno Nagel sprach Alfred Kerr. Er sprach mit scharfer Kritik — aber diese Kritik kann wohl Anlaß werden, daß mancher dem Winkler Nagel näherkommen kann als bisher, daß er in ihm den Dichter erkennen lernt. Gertrud Eyföldi las schön, mit edel klingender Sprache, aus Nagels Dichtungen. Die Einführung in die Oper von Gluck „Die Pilger von Mekka“ verirrte sich merkwürdig im Stil. Cornelia Bronzgeest und Selmar Meyrowitz sprachen ohne ersichtlichen Grund einen sehr durchgearbeiteten Vortrag über Gluck und sein Schaffen abwechselnd Sag um Sag, wie Kinder in der Schule fremdsprachliche Velaübungen.

Die vielseitige Verwendung von MAGGI Würze

Vorteilhaftester Bezug in großen Originalflaschen zu RM 5.50.
Achtung auf unveränderten Plombenverschluss.

Ist mancher Hausfrau noch unbekannt. Nicht nur Suppen aller Art, sondern auch Gemüsen, Soßen und Salaten verleiht ein kleiner Zusatz feinen, kräftigen Wohlgeschmack.



Verbandstag der Maler.

Stuttgart, 2. Oktober. (Eigenbericht.)

Die 21. Generalversammlung des Verbandes der Maler wurde am Montag in Gegenwart von 84 Delegierten eröffnet. Der Vorsitzende Streine hob in seiner Begrüßungsansprache das Anwachsen des Einflusses der Gewerkschaftsbewegung hervor. Die Gewerkschaften seien stolz darauf, an der Schaffung des neuen Staates mitgewirkt zu haben; sie wollten ihn auch mit allen Kräften verteidigen.

Die eigentlichen Beratungen begannen mit einer Ergänzung des gedruckt vorliegenden Geschäftsberichts durch den Vorsitzenden Streine. Die Entwicklung des Verbandes ist außerordentlich günstig, obwohl die Wirtschaftskontur seit einigen Jahren viel zu wünschen übrig läßt. Ein großer Krebsgeschwür im Gewerbe ist die viel zu große und immer noch ansteigende Zahl der Kleinmeister, die sich in der Behringssüchterei und in der ungünstigen Wirtschaftslage auf dem Arbeitsmarkt auswirkt. Seit Jahren ist der Verband bemüht, auf die Regelung der Lehrlingsverhältnisse Einfluß zu gewinnen. Die Tätigkeit des Vorstandes im Reichsausschuß für Sachwertverhaltung durch Anstrich richtet sich u. a. auch darauf, erhöhte Arbeitsgelegenheit zu schaffen.

Ein ausführliches Bild gab der Berichterstatter von der in diesem Frühjahr durchgeführten Erneuerung des Reichstarifs. Durch Schiedspruch wurden die Löhne um 6, 7 bis 8 Pfennig erhöht. Das Lohnabkommen gilt ein Jahr. Wenn es dem Verband also auch diesmal wieder gelang, ohne größere Kämpfe die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich festzulegen, so ist das nicht zuletzt auf den Stand und den Einfluß der Organisation zurückzuführen. Auch die Internationale der Maler hat eine neue Stärkung erfahren. Es sind heute 13 Länder dem Internationalen Sekretariat angeschlossen. Der Bildungsarbeit des Verbandes wurde in vielfältiger Weise Rechnung getragen. Unser technisches Fachblatt "der Maler" genießt jetzt einen anerkannten guten Ruf.

Der Hauptkassierer Heinrich erstattete den Kassenbericht. Der Durchschnittsbeitrag betrug im Jahre 1927 pro Woche 88,5 Pf. in der ersten Hälfte des Jahres 91 Pf., davon 68,6 Pf. für die Hauptkasse, für den Filialbeitrag 22,4 Pf. Das Verbandsvermögen beträgt 2 1/2 Millionen Mark. Um allen künftigen Anforderungen an den Verband gerecht werden zu können, ist die Stärkung der Verbandskraft durch Gewinnung neuer Mitglieder nötig.

Im Verlauf seines Berichts über den "Maler" stellt Mart fest, daß die Sozialdemokratische Partei die einzige Partei war, die stets mit allen Kräften die gewerkschaftlichen Forderungen vertreten habe. Die Gewerkschaftspresse habe daher nur ihre Pflicht getan, wenn sie bei den Wahlen eine klare Stellung eingenommen habe.

Die Rechte der Angestellten.

Bei der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung.

In einer vom Zentralverband der Angestellten einberufenen Fraktionärversammlung der Angestellten der Berliner Arbeitsämter wurden die anlässlich der bevorstehenden Eingliederung entstandenen Streitfragen über die Rechte des Personals ausführlich behandelt.

Der Genosse Zeiß berichtete über die letzten Verhandlungen mit der Stadtgemeinde Berlin und über die Anträge, die die Or-

ganisation an die Reichsanstalt zwecks Ergänzung des Tarifvertrages gerichtet hat. Gemäß § 228 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung tritt die Reichsanstalt in die Rechte und Pflichten des bisherigen Arbeitgebers ein, so daß alle Bestimmungen, die auf Grund des Tarifvertrages für die Angestellten der Stadtgemeinde Berlin gelten, auch für die übernommenen Berliner Angestellten weiter gelten. Die einseitig erlassenen Ausführungsbestimmungen zum Tarifvertrag für die Angestellten der Reichsanstalt, durch die den Angestellten die erworbenen Rechte genommen werden sollen, haben keinerlei rechtliche Bindung für die Angestellten.

Die Angestellten waren bei der Stadtgemeinde Berlin ruhegehaltsberechtigt. Beiträge für diese Ruhestandsversorgung sind von den Angestellten nicht geleistet worden. Die Angestellten der ehemaligen Berliner Arbeitsämter fordern daher mit Recht, daß eine gleiche Ruhestandsversorgung auch für die Angestellten der Reichsanstalt festgelegt wird. Eine Forderung, die auf Grund des § 39 des Gesetzes vollst. berechtigt ist. Die Angestellten der Berliner Arbeitsämter haben in den schwierigsten Zeiten bewiesen, daß sie ihren dienstlichen Aufgaben gewachsen sind. Sie müssen daher auch erwarten, daß die Forderungen des Zentralverbandes der Angestellten von der Reichsanstalt erfüllt werden.

Arbeiter im Kampf.

27000 Bergarbeiter stehen wie ein Mann.

Waldenburg, 2. Oktober. (Eigenbericht.)

Am Dienstag morgen legten die Belegschaften im niederschlesischen Kohlenrevier (Waldenburg und Neurode) geschlossen die Arbeit nieder. Bis Dienstag abend standen 27000 Bergarbeiter im Streik.

Dem Ruf der Gewerkschaften ist also das Revier mit seltener Einmütigkeit gefolgt. Es gibt überhaupt keinen Streikbrecher. Das spricht Bände und beweist, daß die Arbeiterschaft zum Streik als zu dem letzten Mittel griff. Die Löhne sind hier seit Jahren unerhört niedrig; ihre Kaufkraft schmolz in den letzten Monaten unter dem Einfluß der Teuerung geradezu dahin. Daß es mit diesen Bergarbeiterlöhnen nicht mehr so weitergeht — ist das allgemeine Urteil.

Die Streikenden bewahren müßergültige Ruhe. Sie folgen durchaus der Parole der Gewerkschaften. Das bestätigen vor allem die Schuttpolizei und die Landjäger. Die Rotstandsarbeiten werden von der organisierten Arbeiterschaft verrichtet. Nach Anweisungen der Zentral-Streikleitung bestimmen die örtlichen Streikleitungen in Gemeinschaft mit den Grubenverwaltungen, welche Arbeiten als Rotstandsarbeiten zu gelten haben.

Geschlossene Front der M.-Gladbacher Textilarbeiter

München-Gladbach, 2. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Textilunternehmer Münchens-Gladbachs haben ihre Androhung wahr gemacht. Gegen 45 000 Textilarbeiter aus München-Gladbach, Rhendt und Diersen sind ausgesperrt. In dem Aussperrungsbezirk leben etwa 250 000 Menschen, so daß jeder sechste Einwohner von der Aussperrung betroffen ist.

Die Fabrikshöfe rauchen nicht mehr, keine Sirene ruft zur Arbeit. Eine feiertägliche Ruhe liegt über dem ganzen Bezirk. Der Fremde, der die sonst so ruhigen Fabrikstädte besucht, fragt verwundert nach der Ursache der Veränderung. Staunend erfährt er: „Der Rachtwille zweier Scharmacher hat den gewaltigen Wirtschaftskrieg diktiert.“ Die bescheidenen Forderungen der schlecht entlohnten Textilarbeiter wurden abgelehnt. Der Arbeitgeberverband hatte seine Mitglieder schon vor Wochen unter Strafandrohung gezwungen, die Löhne für die Arbeiter bis zu 25 Proz. zu kürzen. Wie hoch mutet es an, daß die Unternehmer von den Gewerkschaften verlangten: „Entweder eine Reduzierung aller Tariflöhne um 12 Prozent oder Verlängerung der jetzigen Löhne bis Ende 1929.“

Die Kampfesstimmung der Arbeiter ist gut! Ein Teil der Unternehmer hat offen die Mißbilligung über das Vorgehen der Verbandsleitung ausgesprochen.

Der Konflikt bei der Gasbetriebsgesellschaft.

Wie wir vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter erfahren, sind die Verhandlungen des Schlichtungsausschusses zur Beilegung des Tarifkonfliktes bei der Gasbetriebsgesellschaft noch nicht abgeschlossen worden. Sie werden heute, Mittwoch, abend fortgesetzt.

Ferner lieten...

Niederlage der „Opposition“ bei den Buchbindern.

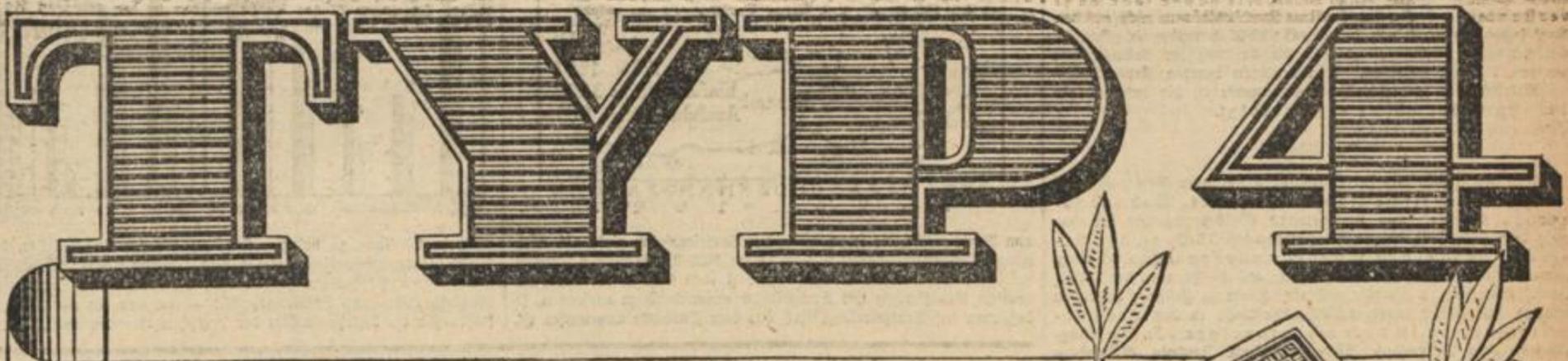
Bei der Beiratswahl im Buchbinderverband, Ortsverwaltung Berlin, die am Sonnabend vorgenommen wurde, haben die Kommunisten einen bösen Reinfall erlebt. Die Kandidaten der Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung haben durchschnittlich zwei Drittel der abgegebenen Stimmen erhalten. Es sind somit gewählt die Genossinnen und Genossen Gustav Brenner und Hedwig Rebel sowie Erich Engelmann und Mariha Kocha.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

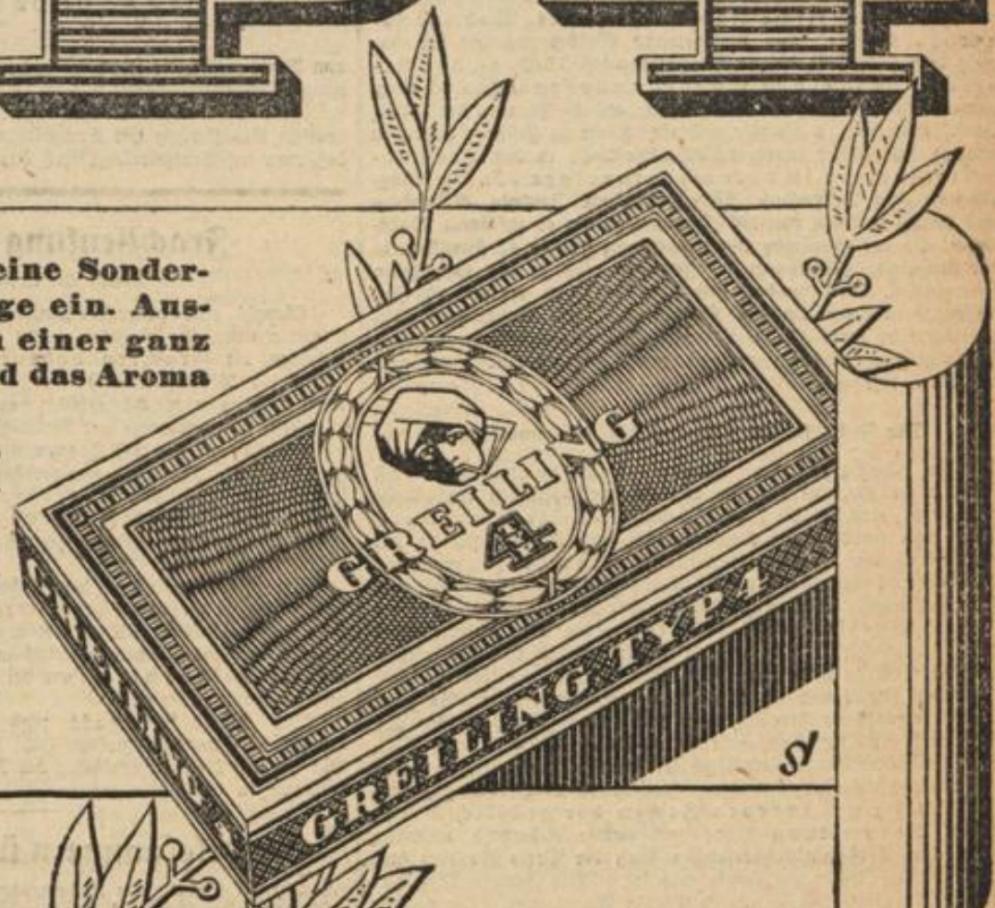
Heute, Mittwoch, 19 1/2 Uhr, tagen die Gruppen: Zentrum: Gruppenheim, Jugendheim, Seidenstraße 24-26. Heimbesprechung, Verbandsbuchkontrolle. — Weissenhof: Gruppenheim, Weissenhof, Poststraße 26. Heimbesprechung, Verbandsbuch und Heimausschüsse nicht versellen. — Baumhaldenweg: Gruppenheim, Jugendheim, Baumhaldenweg, Grunstraße 18. Heimbesprechung, ohne Verbandsbuch und Heimausschüsse kein Zutritt. — Rentkows: Gruppenheim, Jugendheim, Poststraße 29 (307). Heimbesprechung, Kampfliederabend. — Säben, Schwetzer: Gruppenheim, Säben, Jugendheim, Poststraße 11 (Fabrikgebäude). Heimbesprechung, Verbandsbuchkontrolle. — Korbweiden: Besichtigung des Gewerkschaftshauses, Engelstraße 24-26. Treffpunkt 19 1/2 Uhr. 2. Teil.

Jugendaruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Mittwoch, finden folgende Veranstaltungen statt: Ober: Jugendheim der Schule Einarer Straße 18. Gruppenbesprechung. — Schöler: Jugendheim der Schule Schölerstraße 41. Gruppenbesprechung. — Gehlen: Jugendheim Schölerstraße 1 (Erdgeschoss 3. Tr.). Heimbesprechung, anschließend Feiertagsloben. — Rentkows: Jugendheim Säbener Straße 1. Liebesabend. — Spandau: Jugendheim Hindenburg 1. Vortrag: „Zwei des Strafrechts und der Strafe.“ Referent: Rechtsanwalt Dr. Lohauer. — Säben-Preptom: Jugendheim Drangelstraße 126. Vortrag: „Moderne Keltams.“ Referent: Selig Mann.



Typ 4, die neue 4-Pfennig-Zigarette, nimmt eine Sonderstellung unter den Zigaretten dieser Preislage ein. Ausgesuchte Xanthi-Samsoun-Tabake wurden zu einer ganz hervorragenden Mischung vereint. Die Milde und das Aroma dieser Zigarette überraschen. Bedeutungsvoll ist, daß diese Zigarette auch mit dem neuen, gesetzlich geschützten Edelweiß-Mundstück geliefert wird, das bisher nur den Greiling-Zigaretten höherer Preislage vorbehalten war. Diese außergewöhnliche Leistung ist nur durch den ständig steigenden Umsatz und durch die Einführung immer besserer Arbeitsmethoden möglich. Keine Zigarettenfabrik in Deutschland kann diese Zigarette nachahmen.



Der Waldenburger Glendstreif.

Seine wirtschaftlichen Hintergründe.

Der beginnende Herbst, wo den Menschen bei der wachsenden Teuerung die Unzulänglichkeit ihres Einkommens bewußt wird, hat in Deutschland wieder große wirtschaftliche Kämpfe ausgelöst. In der Wassertante stehen 50 000 Werftarbeiter im Streit, linksrheinisch sind 45 000 Textilarbeiter ausgesperrt. In Rheinland und Westfalen rüstet die Schwerindustrie zur Abwehr berechtigter Forderungen der Metallarbeiter. Am härtesten überrascht aber die Deffenlichkeit die Meldung, daß in dem niederschlesischen Glendgebiet von Waldenburg-Neurode, das in 50 Jahren dieselbe traurige Berühmtheit haben wird, wie heute das Gesicht der Weber im Eulengebirge, die Bergarbeiter am 2. Oktober zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen in den Wirtschaftskampf getreten sind und streiten.

Unwürdige Zumutungen der Unternehmer.

Die Deffenlichkeit hat wenig beachtet, daß die Waldenburger Bergarbeiter schon einmal friedlich verhandelt haben, um ihre Glendlage zu verbessern. Am 13. September sind die ersten Verhandlungen zwischen den Bergherren und Arbeiterverbänden erfolglos abgebrochen worden, nachdem die Bergarbeiter einen 13prozentigen Zuschlag auf ihre Tarifföhne, einen billigen Ausgleich vorhandener Ungerechtigkeiten, und die Erhöhung des Zimmerhauerschichtlohnes um 10 Proz. gefordert hatten. Die Verhandlungen scheiterten, weil die Bergherren einen Vorschlag machten, der unlauter war und aus volkswirtschaftlichen Gründen von den Bergarbeitern nicht angenommen werden konnte. Die Bergherren verlangten, daß die Vertreter der Arbeiterschaft sich bei den Arbeiter- und Verbrauchervertretern im Reichskohlenrat und im Reichskohlenverband dafür stark machen sollten, daß die Kohlenpreise für niederschlesische Kohle um 1 R. je Tonne erhöht werden. Wenn das erreicht wäre, sollten die Arbeiter aus dem Mehrerlös 60 Proz. zur Erhöhung der Löhne erhalten, 40 Proz. des Mehrerlöses wollten die Bergherren einstecken. Dieser Vorschlag, der durchaus unlauter war, mußte abgelehnt werden. So kam es zum Streit.

Gerechte Forderungen.

Die Forderungen der niederschlesischen Bergarbeiter sind berechtigt. Unter der Bürgerblockregierung fand man im vorigen Jahr kaum den Mut, eine Erhöhung der Schichtlöhne für Niederschlesien um wenige Prozent für verbindlich zu erklären. Nach den amtlichen Ziffern erhalten die Bergarbeiter Niederschlesiens im Durchschnitt der Gesamtbelegschaft, wenn man den Leistungslohn, nicht die Tarifföhne der Lohnordnung berücksichtigt, für ihre schwere Arbeit noch nicht 6 R. pro Schicht. Dabei ist der Soziallohn schon eingerechnet. Wo Proletariermassen zusammenwohnen, wie in Niederschlesien, ist das Leben weitaus teurer als andernwärts. Jede Teuerung wirkt sich dort viel verheerender aus. Auf der anderen Seite sind die Leistungen der schlecht bezahlten niederschlesischen Bergarbeiter auch noch im letzten Jahre bedeutend gestiegen. Für die schlechten Bergbauverhältnisse in Niederschlesien bedeutet es viel, daß sich im Monatsdurchschnitt die Leistung pro Kopf und Schicht der Belegschaft im Jahre 1928 auf 839 Kilo gegen 784 Kilo im Jahre 1927 erhöht hat. Dabei ist die Belegschaftsziffer von Januar bis August 1928 nicht unbedeutend zurückgegangen; sie ist von 26 800 auf 25 500 Bergarbeiter gesunken. Bei geringerer Belegschaftszahl ist die Leistung der Arbeiter also um fast 7 Proz. gestiegen. Den erhöhten inneren Rentabilitätsmöglichkeiten der niederschlesischen Bergwerke ist die entsprechende Erhöhung der Löhne nicht gefolgt.

Das Glend.

Für das Glend, das im Waldenburg-Neuroder Gebiet herrscht, nur folgende amtliche Zahlen über die Wohnungsverhältnisse: Das Landratsamt Waldenburg hat für das Jahr 1927 festgestellt, daß in Waldenburg fast 33 Proz. der Bevölkerung in einem Wohnraum leben müssen, 38 Proz. nur ein Zimmer und eine Küche haben, und 20 Proz. in der „glücklichen“ Lage sind, 2 Zimmer und eine Küche zu besitzen; nur etwa 9 Proz. sind besser untergebracht. Die Lage in den Bergarbeiterdörfern ist noch viel trauriger. In den Bergbaugemeinden Dittersbach, Niederhermsdorf, Neuhain, Gottesberg und Weicheln leben von 100 Familien 34 bis 40 in einem Wohnraum. In der Gemeinde Oberwaldenburg sind es 42 Familien, in der Gemeinde Jellhammer 50 Familien, und in den Gemeinden Konradsthal, Oberhermsdorf und Neulässig leben gar von 100 Familien 58 in einem einzigen Wohnraum. Diese Wohnungsverhältnisse beweisen mehr als alle Lohnstatistiken, wie dicht besiedelte Proletariatsgebiete mit der unermesslichen Teuerung automatisch auch das Glend erzeugen.

Die Zechenherren haben nichts unternommen.

Die Bergherren haben demgegenüber fast nichts getan, um von sich aus die wirtschaftlichen Verhältnisse zu bessern. Erst, als die Aussicht bestand, daß Staat und Reich bereit sein werden, zur Konzentration und Rationalisierung der niederschlesischen Bergwerksverhältnisse Kredite zu gewähren, bzw. Staatsgarantien zu übernehmen, erst als diese Staatshilfe lode, bereitete man die Bildung der niederschlesischen Bergbauaktiengesellschaft vor, die als Einheitsbetrieb die Förderkosten senken und die Konkurrenzfähigkeit der niederschlesischen Kohle verbessern soll. Aber obwohl die Staatsgarantie für einen Kredit von 11 Millionen zugesagt ist, ist bis heute die niederschlesische Bergbau-A.G. nicht aktionsfähig geworden. Die Kokswerke und chemische Fabriken A.G., die Rütgerswerke A.G. und die Gewerkschaft Vereinigte Glückhülf-Friedenshoffnung haben sich wohl vorläufig zusammengeschlossen, aber die fideikommissarisch gebundenen Zechen der glücklichen Plebschen Verwaltung stehen noch immer außerhalb, weil der schlesischen Großgrundbesitzerfamilie Pleß der Preis für ihre hoch verschuldeten Zechen zu niedrig erscheint. Diese Familie Pleß benutzt das Glend im Waldenburger Gebiet, um Privaatorteile aus der Notwendigkeit des Zusammenstufes zu ziehen, wobei sie vor allem ausnützt, daß die Zechen von Pleß die Kohlenreviere der anderen Gesellschaft durchschneiden und eine rationelle Wirtschaft ohne die Pleßschen Zechen nicht möglich ist.

Die Waldenburger Bergarbeiter können unmöglich auf die Linderung ihres Glends warten, bis die Familie Pleß den Preis bekommt, den sie verlangt. Sie dürfen nicht verantwortlich gemacht werden, mit ihrem Leben und mit ihrem Lebensglück für das Kapitalrisiko, das die bergbauwirtschaftlich ungünstigen niederschlesischen Zechen tragen müssen, und das die Bergherren

in Niederschlesien nicht tragen wollen. Dem Kampf der niederschlesischen Bergarbeiter muß die Sympathie und Hilfe der ganzen deutschen Deffenlichkeit gehören; auch dem Staat darf keine Wahl gelassen werden, wo er zu stehen hat. Nachdem der Staat seine Kredithilfe zugesagt hat, muß er den Kampf der Bergarbeiter begrüßen und durch weitgehende Erfüllung der Berg-

arbeiterforderungen die immer wieder hinausgeschobene Rationalisierung des niederschlesischen Bergbaus erzwingen.

Besserer Kohlenabsatz.

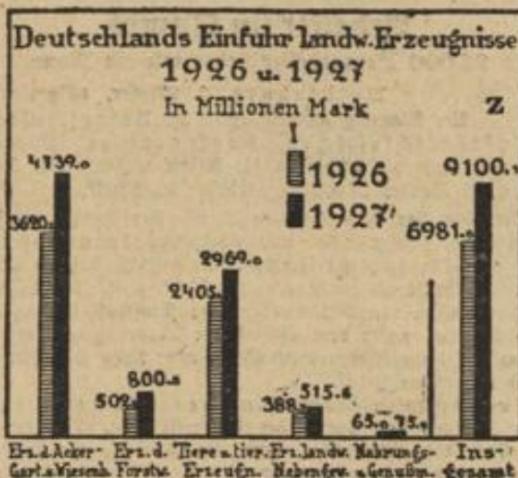
Die Abfahrlage auf dem niederschlesischen Kohlenmarkt hat sich seit Mitte September etwas gebessert. Durch die bevorstehende Tarifierhöhung der Reichsbahn riefen Handel und Industrie etwas stärker ab. Außerdem stieg der Versand, weil in der letzten Defade die Oderschiffahrt wieder in Gang gekommen ist. Dementsprechend gingen die Halbenbestände in Kohle etwas zurück. Die Koksorräte haben sich verringert. Die Ausfuhr nach der Tschechoslowakei hat zugenommen.

Deutschland braucht keine Getreideeinfuhr.

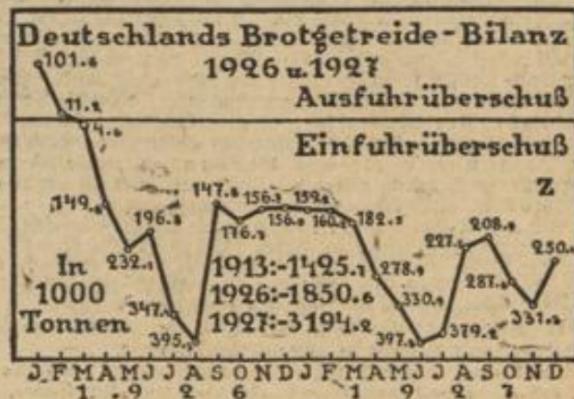
Das behauptet Herr Schiele immer noch.

Die Behauptung von der Ueberflüssigkeit der Getreideeinfuhr in Deutschland ist, wie die Dinge nun einmal liegen, unhaltbar. Die deutsche Landwirtschaft war, selbst in den Jahren vor dem Kriege,

Dabei verdienen die deutschen Agrarier ziemlich viel. Hat doch der Wert der deutschen Ernte 1926 über 3,7 Milliarden und 1927 über 4,6 Milliarden Mark betragen, was bei den Ueberpreisen für deutsche landwirtschaftliche Erzeugnisse den deutschen Agrariern ziemlich große Gewinne abwerfen mußte.



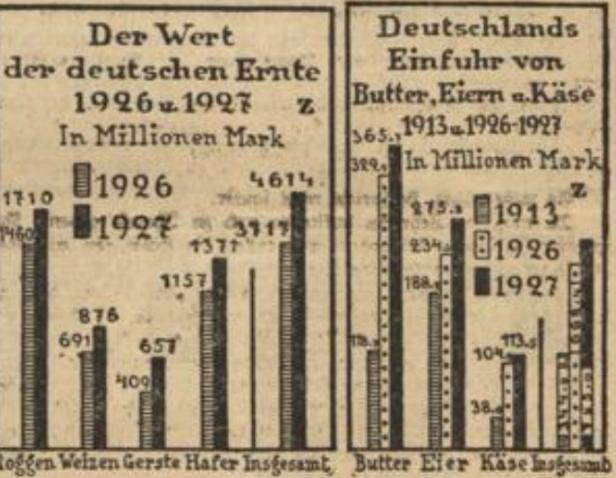
niemals auch annähernd in der Lage, die deutsche Bevölkerung genügend zu versorgen. Die agrarische Gesamteinfuhr hat in der Nachkriegszeit besonders stark zugenommen. Im Jahre 1926 machte sie fast 7 Milliarden und 1927 über 9 Milliarden Mark aus. Mehr als die Hälfte davon entfällt auf die Erzeugnisse des Acker-, Garten- und Wiesenbaues. Besondere Bedeutung hat hierbei die Einfuhr



Wenn die deutschen Agrarier dennoch immer klagen und immer wieder auf die Not der deutschen Landwirtschaft hinweisen, dann liegt ein großer Teil der Schuld bei den Großagrariern selbst. Ihre ständigen maßlosen Forderungen, die zumeist mit der Wirklichkeit



von Brotgetreide, die schon im letzten Vorkriegsjahre zirka 1 1/2 Millionen Tonnen ausmachte und im Jahre 1927 3,2 Millionen Tonnen erreichte. Die deutsche Landwirtschaft ist eben nicht in der Lage, die deutsche Bevölkerung mit Brotgetreide ausreichend zu versorgen, so daß man auf Brotgetreidezufuhr aus dem Auslande angewiesen ist.



nicht in Einklang zu bringen sind, die schlechte Organisation beim Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse, unzureichende Maßnahmen zur höheren Produktion hochwertiger Nahrungsmittel sowie unzulängliche Lohn- und Siedlungspolitik — das sind die wirklichen Ursachen für die bestehende Not der deutschen Landwirtschaft.

Frachtfrenkung für Ruhr.

Dank an Silberberg.

Obwohl eine generelle Tarifierhöhung der Reichsbahn stattfindet, wurden für Ruhrkohle zum 1. Oktober in den bestrittenen Gebieten die Frachten bedeutend gesenkt. (Was geschieht für Niederschlesien?) Der allgemeine Rüstenaufnahmetarif wird nicht nur nicht erhöht; es wird außerdem die vorgeschriebene Mindestmenge zur Ausnützung dieses Tarifs von 455 000 um 100 000 auf 355 000 Tonnen monatlich gesenkt. Die Ruhr hofft, daß die Mindestmengenvorschrift überhaupt bald fallen gelassen wird. Für Bunkerkohle sind nach fast allen Hafenplätzen sogar fast 25 Prozent Frachtermäßigung gewährt worden unter gleichzeitiger Verzicht auf irgendeine Mindestmengenvorschrift.

Die Wettbewerbslage der Ruhrkohle wird dadurch sehr verbessert, den englischen Frachtsabventionen, die ebenfalls zum 1. Oktober in Kraft treten, wird entgegengewirkt. Dr. Silberberg, der im Reichsbahngericht auch für Tarifierhöhung wirkte, war als Weichnachtsmann bei der Reichsbahn für die Ruhrzechen sehr segensreich.

Die Arbeiterschaft muß diese besonderen Bergünstigungen wohl beachten für den Fall, daß die Montankonzerne unter Hinweis auf die Tarifierhöhung der Reichsbahn berechtigte Arbeiterforderungen bekämpfen wollen.

Handelstammern über Konjunktur.

Obwohl sich erstere Krisenerscheinungen im September nicht feststellen lassen, soll nach den Berichten der preussischen Industrie- und Handelskammern ein deutlicher Rückgang der Konjunktur im September festzustellen sein. Allerdings fehlt noch die Auswirkung der guten Ernte zurzeit. Berichtet wird von einer Verschlechterung in der Grobblechindustrie. Dagegen seien die Verhältnisse im Ruhrbergbau stabil geblieben. Auch die wegen Absatzmangel eingeleigten Feierschichten sind von rund einer Viertel Million im August auf rund 155 000 zurückgegangen, während sich die Halbenbestände von 2,6 auf 2,4 Millionen Tonnen verringerten. (Das sind gute Zeichen. D. R.) Sehr günstig blieb im September die Lage der Kaliindustrie

und des Braunkohlenbergbaues. In den ostpreussischen Bezirken wurden sogar Neueinstellungen vorgenommen.

Aus der Maschinenindustrie lauten die Berichte ungleich. Wie im August ist in der elektrotechnischen, chemischen und phototechnischen Industrie die Lage gut geblieben. Auch der Automobilabsatz zeigt eine gewisse Belebung.

Chemische Fabrik Johannisthal zahlungsunfähig. Die Chemische Fabrik Johannisthal G. m. b. H., die mit einem Gesellschaftskapital von 600 000 Mark arbeitete, hat Zahlungsunfähigkeit. Die Gesellschaft, die bei einer jährlichen Leistungsfähigkeit von 12 000 Tonnen Kupfernitrat mit zu den stärksten Produzenten dieser Art auf dem Kontinent gehörte, arbeitete hauptsächlich in der Art, daß ihr bedeutende Metallunternehmen (Umarbeitungsverträge), wie die Mansfeld A. G. und die Hirsch-Kupfer-Gruppe Kupfernitrat usw. zur Herstellung von Kupfernitrat lieferten. Berliner Banken, darunter die Handelsgesellschaft, haben über 2 Millionen Mark im Feuer. Die Schulden der zusammengebrochenen Gesellschaft werden auf etwa 4 Millionen geschätzt, denen nur 2 Millionen Aktiva gegenüberstehen sollen. Fehler in der Leitung sagt man, sind die Ursache des Zusammenbruchs.

Neue Arbeit für die AEG. Die fortschreitende Elektrifizierung der Kohlenzechen und Hüttenwerke hat der Bahnabteilung des AEG-Konzerns Aufträge für 28 neue Abraum-Rotalsch- und Hüttenwerks-Lokomotiven zugesagt. Die Londoner Untergrundbahn bestellte bei der AEG. Fabrikantenruhr G. m. b. H. 143 Fahrartenautomaten und 126 Druckerichtungen zum Einbau in schon vorhandene Automaten. Außerdem erhielt die gleichfalls zum AEG-Konzern gehörige Triebwagenbau A. G. in Kiel, die schon an einem Auftrag für Triebwagenuntergestelle für Brasilien arbeitet, einen neuen Auftrag aus Südamerika auf acht neue Triebwagen.



Für die Gesundheit!

Fachinger Versandstelle, Berlin SW 11
Schöneberger Str. 16a. Tel. Lützow 8260-44

Kommen zum Einkauf!



Wenn Sie Ihre Kinder ganz nach Wunsch kleiden wollen, so hübsch und nett, wie Ihnen das vorschwebt, ohne sich Sorgen darüber zu machen, wie Sie die Mittel dazu herbeischaffen sollen, dann:

Gehen Sie zu C. & A.

Unsere vielbesprochenen **niedrigen Preise** beeinflussen keineswegs die gute Qualität unserer Kinder-Kleidung, aber es wird Sie glücklich machen, so Gutes so billig kaufen zu können.



Oranienstr. 40
Am Oranienplatz

Chausseestr. 113 Königstraße 33
Beim Sottiner Bahnhof Am Bahnhof Alexanderplatz

Herrn- bzw. Knaben-Kleidung in den beiden Geschäften Königstr. / Chausseestr.

Nachdruck von Wort und Bild verboten!

Bekanntmachung

über die Ausgabe von 5%igen Goldpfandbriefen (Liquidationsgoldpfandbriefen und Abfindungsgoldpfandbriefen).

Mit Genehmigung der Aufsichtsbehörden wird das Berliner Pfandbriefamt nach Maßgabe der Artikel I und IV der Dritten Verordnung über die Aufwertung der Kreditinstitute aus Pfandbriefen und Schuldverschreibungen landwirtschaftlicher Kreditinstitute, von Stadtbanken, Pfandbriefbanken usw. vom 22. März 1928 (Verordnungsblatt des Reichsministeriums des Innern vom 24. Juli und 23. September 1928 an die Bezirke seiner Pfandbriefämter) zur Ausgabe von 5%igen Goldpfandbriefen berechtigt.

5%ige Goldpfandbriefe verzinslich ab 1. Juli 1928

nach folgendem Sinne ausgeben:

I. Liquidationsgoldpfandbriefe.

Für die bis einschließlich 1919 ausgegebenen neuen Berliner Pfandbriefe werden Liquidationsgoldpfandbriefe in Höhe von 20 Proz. des Goldmarkbetrags der zu befristenden neuen Berliner Pfandbriefe an die Gläubiger ausgestellt. Die Liquidationsgoldpfandbriefe sind mit den demgegenüberigen Zinsen, Rückstellungen und Anteilscheinen der Serienbezeichnung A und werden in Stücken zu 50, 100, 200, 500, 1000 und 2000 Goldmark ausgegeben. Zwischen werden Stücke zu 20 und 25 Goldmark ausgegeben, bei denen die Zinsen und die Anteilscheine erst bei Fälligkeit des Kapitals zu zahlen sind (Liquidationsgoldpfandbrief-Zertifikate). Der Zinssatz der Zinsscheine ist ein Hundertstel von 6 Proz. zugrunde zu legen.

Die Liquidationsgoldpfandbriefe sind Zertifikate werden in Höhe ihres Nennbetrags auf den erhaltenden Anteil an der für die neuen Berliner Pfandbriefe gebildeten Teilungsmasse angerechnet.

Den Liquidationsgoldpfandbriefen bzw. Zertifikaten sind Anteilscheine beizufügen, die den Inhabern zur Abhebung von Ausstattungen berechtigen, die früher noch aus der für die neuen Berliner Pfandbriefe gebildeten Teilungsmasse an die Pfandbriefgläubiger zur Verteilung gelangen. Die weiteren Ausführungen erfolgen zu dem vorher in den für die Bekanntmachungen des Berliner Pfandbriefamtes bestimmten Blättern bekanntzumachen Terminen gegen Rückgabe eines der aufgeführten, den Anteilscheinen angefügten vier Faltenscheine. Die Endausfällung wird gegen Rückgabe des dem Pfandbriefe bzw. dem Zertifikate beizufügenden Anteilscheines mit den gegebenenfalls noch nicht aufgerufenen, dem Anteilscheine angefügten Faltenscheinen ausgeführt.

II. Abfindungsgoldpfandbriefe.

Für die Berliner Pfandbriefe (alten) wird das Amt zur endgültigen Abfindung der Gläubiger Abfindungsgoldpfandbriefe ausgeben. Der auf den Goldmarkbetrag der zu befristenden Pfandbriefe entfallende Nennbetrag beträgt 20%.

Die Abfindungsgoldpfandbriefe sind mit den demgegenüberigen Zinsen, Rückstellungen und Anteilscheinen der Serienbezeichnung B und werden in Stücken zu 50, 100, 200, 500 und 1000 Goldmark ausgegeben. Zwischen werden Stücke zu 20, 25 und 30 Goldmark ausgegeben, bei denen die Zinsen und die Anteilscheine erst bei Fälligkeit des Kapitals zu zahlen sind (Abfindungsgoldpfandbrief-Zertifikate). Der Zinssatz der Zinsscheine ist ein Hundertstel von 6 Proz. zugrunde zu legen.

Zu I und II.

Die Goldpfandbriefe lauten auf Goldmark, wobei eine Goldmark dem Preise von 1/2000 Milligramm Feingold entspricht. Sie sind mit 5 Proz. jähr-

lich zu verzinsen und zum Nennbetrags einzulösen. Die Verzinsung beginnt am 1. Juli 1928. Die Goldpfandbriefe sind (mit Ausnahme der Zertifikate) mit halbjährlichen am 1. Januar und 1. Juli nachträglich fälligen Zinsscheinen ausgestattet. Der erste Zinsschein wird auf 1 Jahr ausgestellt und ist am 1. Juli 1929 fällig.

Werden von einem Gläubiger mehrere Pfandbriefe vorgelegt, so ist das Berliner Pfandbriefamt berechtigt, dem Gläubiger auf mehrere Goldpfandbriefe einen Goldpfandbrief oder ein Goldpfandbrief-Zertifikat auszustellen. Entfällt auf die vorgelegten mehreren Pfandbriefe ein geringerer Aufwertungsbeitrag als 50 G.M., so kann der Gläubiger den Umlauf von mehreren Pfandbriefen in einen Goldpfandbrief oder ein Goldpfandbrief-Zertifikat verlangen, soweit es die Einlösung der Goldpfandbriefe oder Zertifikate gestattet. Der Inhaber von Goldpfandbrief-Zertifikaten hat das Recht, gegen Einreichung solcher Zertifikate im Umfang von Goldpfandbriefen in gleichem Nennbetrags neue zu befristende Zinsscheine zu verlangen.

Entfällt auf den Anspruch eines Pfandbriefgläubigers, soweit er durch Auszahlung von Goldpfandbriefen oder Goldpfandbrief-Zertifikaten berechtigt werden soll, nicht ein auf 25 G.M., oder ein Vielfaches von 10 oder 25 G.M. lautender Betrag oder ein Betrag, der geringer als 25 G.M. ist, so wird der Spitzbetrag in der abgelehnt. Der Gläubiger ist verpflichtet, einen solchen Spitzbetrag in der anzunehmen. Durch die Abfindung sind die Ansprüche des Pfandbriefgläubigers auch auf die dem Spitzbetrag entsprechenden weiteren Leistungen aus der Teilungsmasse abgelehnt.

Die Einlösung der Goldpfandbriefe erfolgt mindestens einmal jährlich durch Auszahlung zum Nennbetrags. Die Einlösung der ausgesetzten Goldpfandbriefe ist zum 3. Januar oder 1. Juli mit mindestens einmonatiger Kündigungsfrist zu bewirken und ist für die Befristung der Pfandbriefe festzusetzen. Bestimmte Mittel zum Bestehen zu machen. Zu diesen Ausstellungen sind die in der Forderung der Goldpfandbriefe eingehenden Zinsen und außerordentlichen deren Rückzahlungen zu verwenden, außerdem zu der ersten Auszahlung der Liquidationsgoldpfandbriefe, die zur Abfindung der Schuldner für die neuen Berliner Pfandbriefe gebildeten Teilungsmasse entnommenen Geldbeträge. Dabei sind die Zertifikate vor den mit Zinsscheinen versehenen Stücken auszulösen.

Der Goldbetrag der Ausstellungen beträgt und der Nennwert der Goldpfandbriefe wird nach dem amtlich festgestellten Preise von Feingold bestimmt und in deutscher Reichsmark gezahlt. Als amtlich festgestellter Preis für Feingold gilt der vom Reichsamt für Feingold oder der von diesem bestimmten Stelle im Reichsamt für Feingold festgesetzte Preis. Die Umrechnung in Reichsmark erfolgt nach dem letzten vor dem 30. Tage des dem Verkaufes nachgehenden Kalendermonats an der Berliner Börse auf dem notierten Mittelkurs für das englische Pfund (Auszahlung London). Sofern bei der Umrechnung der Reichsmark als 200 Reichsmark ergibt, ist für jede ein Vielfaches des Reichsmark zu entrichten.

Das Berliner Pfandbriefamt fordert hiermit die Inhaber der von ihm ausgegebenen Pfandbriefe aller Währung in vorbestimmtem Umfang auf, ihre Ansprüche anzunehmen und schließlich die Pfandbriefe einzulösen, zu befragen nach Erfüllung Goldpfandbriefe oder Zertifikate nicht einmonatig zu kündigen und die Pfandbriefe bzw. Zertifikate nicht einmonatig zu kündigen. Die Pfandbriefe sind zu kündigen, wenn sie innerhalb der Frist der Einlösung, zu hinterlegen, sofern nicht innerhalb der Frist der Einlösung ein Einverständnis eines Aufwertungsverfahrens oder auf Zahlungsfähigkeit nachgewiesen ist. Ferner ist das Amt berechtigt, sofern die vorgeworfene Frist für die Vorlegung der Pfandbriefe abgelaufen ist, die Einlösung der Goldpfandbriefe oder Zertifikate auch bei Pfandbriefen

zu bestimmen, auf die je ein geringerer Aufwertungsbeitrag als 50 G.M. entfällt.

Die Anmeldung und Einreichung der Pfandbriefe zur Einlösung nach dem Rechte hat:

a) beim Berliner Pfandbriefamt, W. 9, Eichenstraße 5, b) bei der Berliner Stadtkassendirektion, W. 9, Eichenstraße 3.

zu erfolgen, wo auch die erforderlichen Formulare erhältlich sind. Die Einlösung der Goldpfandbriefe an die Einreicher erfolgt kostenfrei. Bei Abhängigkeit ist das Amt zur Prüfung der Legitimation des Einreichers berechtigt, aber nicht verpflichtet.

III.

Von der Verpflichtung zur Einlösung bzw. Ausstattungsleistung werden die nach dem 31. Dezember 1919 ausgegebenen neuen Berliner Pfandbriefe ausgeschlossen, da diese demnachst verordnungsgemäß aufgekündigt werden.

IV.

Diesem wird auf Grund der am 1. Juli 1928 bekanntgemachten gemaß den Bestimmungen hinsichtlich der Aufwertungsleistungen des Berliner Pfandbriefamtes folgende Bekanntmachung:

1. Die Aufnahme von Pfandbriefen aller Währung wird bei nicht getragenen Aufwertungsleistungen von dem Zeitpunkt dieser Aufhebung ab abgelehnt.

2. Die Grundbesitzbesitzer und persönlichen Schuldner aller zur Teilungsmasse gehörenden Aufwertungsleistungen sind vom Zeitpunkt dieser Aufhebung an nicht berechtigt, die nach diesem Zeitpunkt fälligen Zinsen Rückzahlungen unter Abzug eines Zwischensummes zu bewirken.

3. Die Grundbesitzbesitzer und persönlichen Schuldner von zur Teilungsmasse gehörenden Aufwertungsleistungen dürfen außerplanmäßige, bzw. Rückzahlungen, welche nach dem Zeitpunkt dieser Aufhebung fällig werden, nur zum Schluß eines Kalenderjahres und nur dann in der Höhe, wenn sie dem Amt die Absicht der Einzahlung spätestens drei Monate vor dem Schluß des Kalenderjahres mitteilen.

4. Die Grundbesitzbesitzer und persönlichen Schuldner sind verpflichtet, gleichbleibende Beträge als Jahresleistungen (Zinsen, Tilgungs- und Verwaltungskostenbeiträge) bis zur Wiederkehr der Schuld zu zahlen.

5. Der Goldbetrag der Aufwertungsleistungen und der wiederkehrenden Leistungen wird nach dem amtlich festgestellten Preise für Feingold bestimmt und ist in deutscher Reichsmark zu zahlen. Als amtlich festgestellter Preis für Feingold gilt der vom Reichsamt für Feingold oder der von diesem bestimmten Stelle im Reichsamt für Feingold festgesetzte Preis. Die Umrechnung in Reichsmark erfolgt nach dem letzten vor dem 30. Tage des dem Verkaufes nachgehenden Kalendermonats an der Berliner Börse auf dem notierten Mittelkurs für das englische Pfund (Auszahlung London). Sofern bei der Umrechnung der Reichsmark als 200 Reichsmark ergibt, ist für jede ein Vielfaches des Reichsmark zu entrichten.

6. Die Grundbesitzbesitzer und Schuldner von Aufwertungsleistungen sind nach § 9 der Durchführungsverordnung vom 22. März 1928 berechtigt, die oben genannten Inanspruchnahmen Goldpfandbriefe an der Berliner Pfandbriefamt zu erledigen. Die Aufwertungsleistungen dieser Pfandbriefe sind zu verwenden, und zwar die als Abfindungsgoldpfandbriefe bezeichneten Goldpfandbriefe (Serienbezeichnung B) für die in Berliner Pfandbriefen (alten), die Goldpfandbriefe mit der Serienbezeichnung A für die in neuen Berliner Pfandbriefen gebildeten Teilungsmasse. Dabei werden die Goldpfandbriefe in Höhe ihres Nennbetrags auf den Aufwertungsbeitrag angerechnet.

Berlin, den 2. Oktober 1928.

Das Berliner Pfandbriefamt.
Ge Diefen.

Die Hilfe gegen Gicht und Rheumatismus.

Sie wissen kein sicheres Mittel gegen diese Plagegeister, Einreibungen, Podungen, Bäder, Salben usw. lindern meistens nur für einige Zeit die Schmerzen, aber sie pöden nicht immer das Uebel an der Wurzel.

Ich empfehle Ihnen ein wirklich erprobtes Mittel, und Sie sollen es erst versuchen, ohne

daß es Sie etwas kostet, aber ehe ich Ihnen mehr sage, lesen Sie den folgenden Brief:

Ich bin von der Wirkung Ihres wunderbaren Präparates „Gichtostin“ förmlich überrascht, es hat nicht nur meine Hoffnungen erfüllt, sondern bei weitem übertroffen, wofür ich Ihnen meinen herzlichsten Dank an dieser Stelle ausspreche. Schon am zweiten Tage nach dem Gebrauch von Gichtostin waren die fürchterlichen Schmerzen, die mir des öfteren die ganze Nachtruhe raubten, nicht mehr so heftig und konnte ich daher, seit einigen Jahren zum ersten Male, einen erquickenden, ruhigen Schlaf finden. Seitdem liegen die Schmerzen täglich immer mehr nach, und kann

Ihnen heute zu meiner größten Freude mitteilen, daß alle Schmerzen spurlos verschwunden sind und ich mich wieder wie neu geboren fühle.

Hochachtungsvoll J. R. in W.

Solche Briefe besitze ich Laufende, und nun hören Sie weiter.

Gicht und Rheumatismus können nur von innen heraus wirklich kuriert werden durch Entgiftung des Blutes. Dieses ist vorwiegend durch zurückgebliebene harnsaure Salze, und diese müssen heraus, sonst nützt alles Einreiben und Barmhalten nichts.

Zur Beseitigung der harnsauren aber dient das Gichtostin.

Sie können das glauben oder nicht, aber Sie sollen keinen Pfennig dafür ausgeben, ehe Sie sich überzeugt haben.

Leiten Sie uns Ihre Adresse auf einer Postkarte sofort mit und adressieren Sie diese an: Generaldepot der Viktoria-Apotheke, Berlin A. 275, Friedrichstraße 19, es aedt Ihnen dann vollständig kostenfrei eine Probe Gichtostin mit weiteren Aufklärungen und genauerer Gebrauchsanweisung zu.

Wenn Sie sich überzeugt haben, so steht es Ihnen frei, mehr von dem Mittel zu beziehen oder es in einer dortigen Apotheke zu kaufen.

Gichtostin ist in allen Apotheken zu haben.

Gegen KPD-Lügen.

Zum Korruptionsgeschrei der Thömann-Partei.

Wir werden um Abdruck der folgenden Erklärungen gebeten:

Die „Rote Fahne“ hat in ihrer Ausgabe vom 30. September (Nr. 231) einen Artikel veröffentlicht, der die Ueberschrift trug: „15 000 M. Geburtstagsgeschenk“ der Arbeiterbank an Leipziger. Korruption der reformistischen Gewerkschaftsführer.“ Die in diesem Artikel aufgestellten Behauptungen sind dann in einem weiteren Artikel der „Roten Fahne“ in ihrer Ausgabe vom 2. Oktober (Nr. 232) wiederholt worden. Diese Artikel reihen sich den bisherigen Versuchen der kommunistischen Presse, die Führer der deutschen Gewerkschaften und die Leitung der Arbeiterbank in den Augen der Arbeiterschaft herabzusetzen, würdig an. Auf die Heftkampagne dieser Journale, die vor keiner Verleumdung, vor keiner bewußten Lüge und vor keiner tendenziösen Verdrehung der Tatsachen zurückschreckt, einzugehen, verbietet die Würde der angegriffenen Persönlichkeiten. Es kann nur die Aufgabe sein, den Sachverhalt klarzustellen.

Der Finanzausschuß der Arbeiterbank, der am 2. Oktober in Abwesenheit seines Vorsitzenden Theodor Leipart und des Direktors der Arbeiterbank Heinrich Bachem zusammentrat, hat sich daher begnügt, folgende Feststellungen zur Sache zu machen:

1. Der Finanzausschuß der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten u. G. hat im Mai 1927 in Abwesenheit seines Vorsitzenden Theodor Leipart und ohne sein Vorwissen beschloffen, ihm zu seinem 60. Geburtstage ein Grundstück als Ehrengabe zu stiften. Die Anregung zu diesem Geschenk ist nicht von der Bankleitung, sondern von dem damals auch der im Mai 1928 aus der Bankleitung ausgetretene Direktor Bern Meyer gehörte, ausgegangen, sondern von Mitgliedern des Finanzausschusses. Die Bankleitung, die im Finanzausschuß nur Vorschlagsrecht und kein Stimmrecht hat, hatte einen anderen Vorschlag gemacht.

Der Finanzausschuß war von dem Gedanken geleitet, Leipart für seine große durch Jahre hindurch ohne Entschädigung für die Bank geleistete Arbeit durch diese Ehrengabe seine Dankbarkeit zu bezeugen. Er stand mit seinem Wunsch nicht allein. Auch eine Reihe von Gewerkschaften haben den Führer der deutschen Gewerkschaftsbewegung, der seit Jahrzehnten seine ganze Kraft an leitender Stelle in den Dienst der Sache gestellt hat, durch Geschenke geehrt. Der Wunsch, die Verdienste ihrer Führer zu ehren, entspricht den besten Traditionen einer großen Bewegung. Der Finanzausschuß der Arbeiterbank, wie die Verbände, haben aus diesem Geiste heraus gehandelt.

2. Der für das Grundstück gezahlte Preis reicht bei weitem nicht an die von der „Roten Fahne“ genannte Summe heran. Die „vorzunehmende Villa“, die sich Leipart auf eigene Kosten auf diesem Grundstück bauen ließ, ist ein einfaches Siedlungshaus mit fünf Zimmern.

3. Der Aufsichtsrat der Arbeiterbank hat übrigens in den letzten Monaten beschloffen, seinem Vorsitzenden für die überaus mühevollen Arbeit an der Spitze dieses Arbeiterunternehmens eine laufende Entschädigung zu zahlen, die allerdings in keinem Verhältnis zu den Entschädigungen steht, die für die gleiche Arbeit im Aufsichtsrat privatrechtlicher Unternehmungen gezahlt wird.

4. Theodor Leipart ist als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Arbeiterbank auch Mitglied des Aufsichtsrates der Hannoverschen Bodenkreditbank, an der die Arbeiterbank beteiligt ist. Für seine Tätigkeit im Aufsichtsrat dieser Bank erhält er kein Entgelt.

5. Die Behauptung der „Roten Fahne“, daß der Direktor der Arbeiterbank Bachem auf die „Willkür“ Leiparts Direktor der Bank geworden sei, ist eine Lüge. Herr Direktor Bachem ist von anderen Mitgliedern des Aufsichtsrates in Vorschlag gebracht und vom gesamten Aufsichtsrat gewählt worden.

Auf die übrigen Behauptungen der „Roten Fahne“, durch die frühere Enthaltungen „aufgewärmt“ werden, einzugehen, erübrigt sich.

Berlin, den 2. Oktober 1928.

Der Finanzausschuß der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten u. G.

Die Angriffe gegen den Kollegen Leipart haben durch die vorangehende Erklärung der Mitglieder des Finanzausschusses der Arbeiterbank ihre volle Erledigung gefunden. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat nach alledem lediglich folgendes zu sagen:

Er ist an den Beschloffen der Instanzen der Bank ganz unbeteiligt und hat genau wie der Kollege Leipart erst an dessen 60. Geburtstag davon Kenntnis erhalten, daß die Bank dem Kollegen Leipart eine Ehrengabe stiftete, deren Wert von der „Roten Fahne“ bedeutend überschätzt wird.

Jedes Vorstandsmitglied kennt die Arbeitsleistung des Kollegen Leipart bei der Gründung und Verwaltung der Bank und weiß, wie außerordentlich umfangreich sie ist.

Jede Bank entschädigt den Vorsitzenden ihres Aufsichtsrates. Kollege Leipart hat wie alle Aufsichtsratsmitglieder für seine jahrelange, zeitraubende und aufreibende Tätigkeit keine Vergütung erhalten. Die Mitglieder des Vorstandes haben deshalb das „Geschenk“ lediglich als das betrachten können, was es ist: eine nachträgliche Anerkennung für eine jahrelange, außerordentlich mühevollen Arbeit. Die Mitglieder des Vorstandes haben das begrüßt, wie sie es weiter begrüßen, daß der Aufsichtsrat der Bank eine laufende Entschädigung für seinen Vorsitzenden festsetzt. Dabei ist sich der Vorstand darin einig, daß die Leistungen des Kollegen Leipart für die Arbeiterbank mit einer Entschädigung überhaupt nicht abzuwägen sind.

Berlin, den 2. Oktober 1928.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Die Neuwahl der Gewerkschaftsbürgervertreter, die am Sonntag infolge der Unruhen nicht durchgeführt werden konnte, wird am Sonntag, dem 7. Oktober wiederholt. Für ausreichenden polizeilichen Schutz ist gesorgt.

Die Strafrechtsreform. Der Reichstagsausschuß für die Strafrechtsreform wird am 2. Oktober seine Arbeiten wieder aufnehmen. Reichsjustizminister Rodewich hat die Führer der Koalitionsparteien für Mittwochs nachmittags zu einer Besprechung eingeladen, in der die Fragen der Strafrechtsreform behandelt werden sollen.

Ein Engländer schenkt dem Schatzkanzler Churchill an dem 5000 Pfund freimüßigen Beitrag, der zur Einlösung von Kriegsschuld verwendet wird. Wo bleibt der Patriotismus der deutschen Großkapitalisten?

Der Dänenprinz in der Fremdenlegion. Prinz Tage von Dänemark, seit sechs Jahren Offizier in der französischen Fremdenlegion, ist zum Mitglied des Generalstabes für die französischen Truppen in Marokko ernannt worden. Er hat sich besonders in den Kämpfen gegen Abd-el-Krim ausgezeichnet.

Der Anleihehändler.



„Angeschuldigter, Sie haben Reuebefäh als Mitbefäh angegeben. Sind Sie schon einschlägig vorbestraft?“ „Einschlägig nicht, Herr Richter, eher gegenteilig!“

Neue Anzüge!



„Was heißt das: gegenteilig?“ „Na — früher bin ich wegen Betruges bestraft worden, weil ich Mitbefäh für neu verkauft habe!“

Landtag und Kommunalwahlen.

Noch keine Einigung der Parteien. — Klärung im Gemeindeauschuß.

Der Landtag trat gestern nach der Sommerpause zu einer Herbsttagung zusammen, deren Hauptzweck die endgültige Entscheidung über den Termin der Kommunalwahlen ist. Eine Einigung unter den Parteien darüber ist bisher noch nicht erfolgt. Der preussische Innenminister hat bekanntlich mit Zustimmung des Kabinetts dem Landtag eine Vorlage unterbreitet, derzufolge am 2. Dezember gemeinsam Gemeindevahlen, Kreis- und Provinziallandtagswahlen stattfinden sollen.

Die gestrige erste Beratung dieser Vorlage im Landtag ergab, daß für diese Vorlage klar und unbedingt nur Sozialdemokraten und Kommunisten eintreten. Die Demokraten möchten am liebsten alle Wahlen auf das nächste Frühjahr verschoben sehen. Das Zentrum ist bereit, die Kommunalwahlen am 2. Dezember stattfinden zu lassen, lehnt aber die gleichzeitige Vornahme der Kreis- und Provinzialwahlen ab. Ebenso die Deutschnationalen und die verschiedenen Sorten der Balthischen. Noch unentschieden ist die Volkspartei.

Es ist nicht unmöglich, daß in der Ausschußberatung Demokraten und Volkspartei und auch die Wirtschaftspartei sich nach dem sozialdemokratischen Standpunkt anschließen. Jedenfalls erwarte der Innenminister, daß die Regierung eine weitere hinauschiebung der Gemeindevahlen nicht zulassen könne. Die Begründung dieses Standpunktes liegt vor allem in den beiden Tatsachen, die Genosse Haas (Köln) als Redner der Fraktion stark unterstrichen hat, daß nach der Auflösung der Gutsbezirke deren Einwohner auch möglichst bald die praktische Gelegenheit zur Ausübung des neu gewonnenen Gemeindevahlrechts gegeben werden muß und daß die gegenwärtigen Gemeindeparlamente, gewählt am 4. Mai 1924, reichlich überaltert und durch den Wechsel der Volkstimmung überholt sind.

Dazu kommt, daß gegenwärtig durch das Sperrgesetz, das für die Ergänzungswahlen zum Magistrat Zweidrittelmehrheit vorschreibt, eine ordnungsmäßige Ergänzung der Stadterwahlen vielfach unmöglich ist; ein Zustand, den man natürlich nicht unbegrenzt lange andauern lassen darf. Die Gemeindevahlen müssen also schleunigst durchgeführt werden, und daß es praktisch ist, die Kreis- und Provinzialwahlen gleich mit zu erledigen, anstatt übers Jahr mit neuen Kosten einen neuen Wahlschub zu führen und die Entscheidung dem Zufall schwacher Wahlbeteiligung zu überlassen, liegt klar auf der Hand.

Wiederaufbau der Dänenbank.

Beteiligung schwedischen und amerikanischen Kapitals.

Die dänische Großbank „Privatbanken“, die nach ihrem plötzlichen Zusammenbruch am Freitag vor dem Wirtum ihrer Kunden ihre Kassenhalter schließen mußte, wird ihrem Betrieb heute wieder eröffnet. Durch die Beteiligung schwedischer Banken und amerikanischen Kapitals ist der Wiederaufbau des zusammengebrochenen Instituts gesichert.

Die Sanierung wird in der Weise erfolgen, daß das Kapital von 60 auf 12 Millionen, also auf 20 Proz. seines bisherigen Standes, herabgesetzt und um 28 Millionen Kronen wieder erhöht wird. An dem Wiederaufbau beteiligen sich in erster Linie schwedische Banken, darunter die Stockholmer Enskilda-Bank, die New Yorker Guaranty Trust Company und auch die Londoner Hambro-Bank, die zusammen 25 Millionen Kronen neues Aktienkapital zeichnen werden. Infolge des Zusammenbruchs sind zwei der leitenden Direktoren zurückgetreten, die seinerzeit auch für die Verluste der „Privatbanken u. G.“ bei der Aarhus-Doll-Gesellschaft und

Um die Volksbühne.

Vollständiges Fiasko der kommunistischen Quertreiber in den Mitgliederversammlungen.

Die Mitgliederversammlungen der Volksbühne, die gestern abend in fünf Votalen stattfanden, haben den Kommunisten eine schwere Enttäuschung gebracht. Die Verhandlungen verliefen durchweg friedlich. Von der angekündigten Opposition war nicht viel zu spüren. Bei den Wahlen zur Delegiertenversammlung errangen die von dem alten Mitgliederteam aufgestellten Kandidaten die überwältigende Majorität.

dem Zusammenbruch der Teutonia-Dei-Fabrik verantwortlich waren. Auch mehrere dänische Banken und zwei kopenhagener Sparkassen werden sich an der Zeichnung auf das neue Aktienkapital der „Privatbanken“ beteiligen. Dagegen wird die dänische Regierung, die durch den Zusammenbruch in eine überraschende Krise geführt wurde, unter allen Umständen an ihrem bisherigen Standpunkt, für den dänischen Staat kein neues Risiko zu übernehmen, festhalten.

Schwere Bergwerksexplosion.

Folge der Hitze in Bulgarien.

Budapest, 2. Oktober.

Nach einer Privatmeldung des „Pester Lloyd“ aus Sofia hat sich heute im Bergwerk „Alta Tebe“ in der Nähe von Philippopol eine schwere Explosion ereignet, die auch in der Stadt Philippopol wahrgenommen wurde und dort eine große Panik hervorgerufen hat, da von der Gewalt der Explosion hochgeschleuderte Steine bis in die Straßen flogen, wo eine Frau und ein Kind getötet und mehrere Personen verwundet wurden.

Die Explosion, über deren Umfang und Ursache bis jetzt keine Nachrichten vorliegen, wird mit der großen Hitze in Verbindung gebracht, die seit einigen Tagen in Bulgarien herrscht. So wurden gestern in Tatar Pazarisch 37 Grad Celsius im Schatten gemessen.

Der französische Kolonialminister Perriers erlitt in der Nähe von Grenoble einen schweren Autounfall. Sein Wagen fuhr mit einem anderen Auto zusammen, wobei er sich einen Arm brach und mehrere blutige Verletzungen im Gesicht zuzog.

UfU-Kongress in Hamburg.

Die Bedeutung der Angestellten im Produktionsprozess.

Hamburg, 2. Oktober. (Eigenbericht.)

Nach dem Vortrag des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, der von den Teilnehmern am UfU-Kongress mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde, erhielt Gewisse Dr. S. ihr das Wort zu dem Referat über

Die Stellung der Angestellten in der Wirtschaft.

Sehr bemühte sich zunächst, den Begriff der Angestellten zu umgrenzen. Er stützte sich vornehmlich auf die Berufszählung durch das Reichsstatistische Amt, in der jedoch die Beamten und Angestellten zusammengezählt sind. Es ist aber verhältnismäßig leicht, die Angestellten von den Beamten zu unterscheiden, schwerer ist das schon von den Arbeitern und sogar von den Unternehmern. Im allgemeinen hat man sich bei der Feststellung der Zahl der Angestellten beschränkt auf diejenigen, auf die das Angestellten-Versicherungsgegesetz zutrifft. Es kommt aber im wesentlichen auf die Funktionen des Angestellten an. Der Angestellte ist gewiss ein Lohnempfänger wie der Arbeiter im allgemeinen. Aber wie der Lohnarbeiter oder der Bergarbeiter innerhalb der Arbeiterschaft eine gewisse Sonderstellung infolge seiner besonderen Funktionen einnimmt, so ist es auch mit den Angestellten. Die Schwierigkeit, die Angestellten von den Unternehmern auf Grund der Berufszählung zu trennen, liegt darin, daß die Direktoren und Geschäftsführer in den Aktiengesellschaften und sonstigen größeren Unternehmungen zweifellos, wenn sie auch abhängig in ihrer Stellung sind, die Funktionen des Unternehmers ausüben, also gewissermaßen heute den Typus des modernen Unternehmers darstellen. Diese leitenden Angestellten müssen also abgezogen und den Unternehmern zugezählt werden.

Die Rationalisierung von 1925 bis 1928 hat zum ersten Male die Angestellten durch die Maschine ersetzt und auch bei den Angestellten eine industrielle Reservearmee geschaffen. Gleichzeitig aber ist festzustellen, daß der Zustrom in die Angestelltenberufe sich verstärkt hat. Dieser Zustrom kommt einmal von den weiblichen Berufsangehörigen, die sich in immer größerem Maße dem Angestelltenberuf zuwenden, erklärt sich aber auch aus der fallenden Einschätzung des Arbeiterberufs. Viele wollen in den Angestelltenberuf hinein, weil sie kein gewöhnlicher Arbeiter sein möchten. Dazu kommt, daß infolge dieser Reinigungsströme in der deutschen Wirtschaft etwa 20 000 Selbständige proletarisiert wurden und in das Angestelltenverhältnis zurückgeworfen worden sind. Während nun die Rationalisierung die wirtschaftliche Bedeutung der Angestellten erhöht hat, haben die Unternehmer eine Ehre darin gesetzt, das Angestelltenkonto in ein allgemeines Lohnkonto herabzudrücken, obwohl doch die Bedeutung der Angestellten im Produktionsprozess gestiegen ist. Dieser Wandel hatte wesentlich beigetragen zur Verschärfung der sozialen Kämpfe. Wir verstehen gewiß nicht die wachsende Bedeutung der öffentlichen, gemeinnützigen und gemischtwirtschaftlichen Betriebe sowie der Eigenbetriebe der Arbeiterschaft, aber diese können doch nicht die kapitalistische Produktion überwinden. Wir haben weiter festgestellt, daß durch die wachsende Zahl der Angestellten eine Verschiebung des Bedarfs eintritt. Der Angestellte verbraucht verhältnismäßig weniger Nahrung als der Arbeiter, er gibt mehr für Kleidung aus. Karl Marx hat vor mehr als 70 Jahren die Angestellten als die Unteroffiziere des Kapitals bezeichnet. Damals allerdings betrug die

Zahl der Angestellten nur 200 000, heute haben wir, wenn wir die Angestellten auf Grund des Angestellten-Versicherungsgegesetzes allein erfassen, 3 1/2 Millionen Angestellte. Heute sind

die Angestellten eine proletarische Massenerscheinung

geworden. Es ist sehr bezeichnend, daß alle Angestelltenorganisationen, auch die, die es früher abgelehnt haben, irgendwie mit einer Gewerkschaft verwechselt zu werden, für sich in Anspruch nehmen, Gewerkschaften zu sein. Wohl sind von diesen 3 1/2 Millionen Angestellten erst 12 Proz. freigewerkschaftlich organisiert, aber diese 12 Proz. sind es, die heute der großen Masse den Weg weisen, für die Gesamtinteressen der Angestelltenbewegung einzutreten und sie aufzurufen zur freigewerkschaftlichen Organisation. Dem Referat folgt eine kurze Diskussion über die vorliegenden Anträge, die dem Vorstand als Material überwiesen werden.

Nachmittagsführung.

Die Sitzung wird um 3 Uhr eröffnet. Das Wort erhält Professor Lederer. Er beginnt mit einer Unternehmung, wie weit das Behrgebäude von Karl Marx heute noch besteht. Marx hat ausgeglaubt, daß die kapitalistische Welt kein Dönn, sondern ein Kampf verschiedener Kräfte ist, weiter, daß dieser Kampf, der erwächst innerhalb der gesellschaftlichen Gesellschaft, diese Gesellschaft selbst wieder umgestalten kann, daß diese Kampffaktion nicht im einzelnen vorgenommen werden könne, sondern nur als Klassenakt, daß im Rahmen der Klasse nicht im Hinblick auf heute oder morgen, sondern auf übermorgen diese Tat vollzogen wird und werden muß, daß die Gruppierung nach Klassen die große Masse der Arbeiter dadurch zusammenhalten wird, daß die Arbeiterschaft als Ware gekauft wird und die einzige Ware ist, an der Profit erzeugt werden kann. Wenn wir uns heute fragen, ob eine scharfe Trennung in zwei Klassen besteht, so müssen wir zunächst feststellen, daß wohl eine immer größere Masse von Lohnempfängern,

also eine immer größere Masse einer einheitlichen Arbeiterklasse entsteht, daß aber innerhalb dieser Klasse verschiedene Gruppen bestehen, die nicht zu verwechseln sind mit den früheren Ständen. Diese Arbeiterklasse teilt sich in Gefertigte und Ungefertigte, in Angestellte und Beamte, ganz abgesehen von den freien Berufen, die weder Arbeiter noch Unternehmer sind. Wenn wir nun die Entwicklung überhauen, so finden wir, daß innerhalb der Arbeiterschaft eine Schichtung eingetreten ist, die anders verlaufen ist, als Marx wohl vorausgesehen hat. Aber nur insofern hat sich das, was Marx vorausgesehen hat, nicht erfüllt. Nirgends ist die Industriearbeiterschaft für sich allein in der Mehrheit, ausgenommen in dem kleinen Belgien, das ja das konzentrierte Industrieland darstellt. Dort sind die Industriearbeiter etwas mehr als 50 Proz., aber nicht ganz 51 Proz., in England sind sie 45 Proz., in Deutschland 38 Proz. Lederer zeigte, wie ungeheuer die Rationalisierung sich besonders in den letzten Jahren entwickelt hat, so daß zum Beispiel allein in der deutschen Eisenindustrie sich die Pferdekräfte von 250 000 auf 600 000 von 1925 bis 1927 vermehrt haben. Während aber die Produktion immer mehr und stärker rationalisiert wurde, ist die Verteilung nicht oder fast nicht rationalisiert worden und wird voraussichtlich auch nicht rationalisiert werden können.

Nur wenn wir die Angestellten und Beamten zusammen mit der

Arbeiterschaft als Arbeiter, als Lohnempfänger zählen, nur dann kommen wir zu einer Mehrheit der Arbeiterklasse (hat heute). Arbeiter und Angestellte zusammen machen heute in Deutschland 66 Proz. der Bevölkerung aus.

Ohne Angestellte und Beamte ist es den Industriearbeitern bei der geschlossenen Organisation nie möglich, die Mehrheit zu erlangen.

Nun fragt es sich, wie weit und ob es berechtigt ist, Angestellte der Arbeiterschaft zuzuzählen. Man versucht, hervorzuheben, daß die Mechanisierung der Arbeit die Ersetzung der Persönlichkeit mit sich führe, was bei den Angestellten nicht im selben Maße und überhaupt nicht der Fall sei. In einer Reihe von Beispielen und Untersuchungen zeigt Lederer auf, daß, wenn man heute von moderner Sklaverei sprechen könne, sie nicht in der Werkstatt des Arbeiters, sondern im Bureau zu finden ist, und daß die Arbeitssphäre, die zerstörend ist, gerade in den Bureaus zu finden ist und viel weniger in den Fabriken.

Lederer zerlegt dann die inneren Hemmungen, die innerhalb der Angestelltenbewegung gegen

die Vereinheitlichung aller Arbeitermassen

bestehen, und die besonders unter Ausnutzung des Wortes Profiteure künstlich erzeugt oder erhalten werden. Er geht ferner darauf ein, in welchem Maße die Angestellten nicht nur als Gesamtmasse wachsen, sondern auch in welchem Maße ihre Kaufkraft von Bedeutung ist, und untersucht schließlich, wie die gesamte Arbeiterschaft auf die Produktionsführung einwirkt, wie sie in dieselbe eingreife könne. Sicher ist, daß innerhalb der kapitalistischen Produktion die Interessen der Arbeiter und Angestellten bezüglich der Kontrolle der Monopole und Kartelle parallel laufen.

Ich habe noch nicht das Allheilsmittel gefunden, um sagen zu können, mit welchen Mitteln heute am besten diese Produktionsführung und diese Beeinflussung der Monopole möglich ist. Aber welchen Weg soll man nun gehen, den der Gewalt oder den der Entwicklung. Diese Frage erledigt sich schon durch die Tatsache, daß die Arbeiterschaft den Weg der Entwicklung gegangen ist. Wenn man den Weg der Entwicklung geht, dann darf man nicht gleichzeitig die bolschewistische Phrase im Munde führen, Gewehre muß man darüber wachen, daß man nicht in der Revolution untergeht. Aber es ginge nicht an, den evolutionären Weg zu geben und die revolutionäre Phrase beizubehalten. Jedenfalls haben heute schon die Gewerkschaften, die Organisation der Arbeiterschaft, es erreicht, daß man nicht mehr, wie es die Unternehmer meint, zur Wirtschaft gehören auch die Arbeiter und Angestellten. Das Schicksal der Wirtschaft ist nicht identisch mit der Dividende, sondern das Schicksal der Wirtschaft ist das Schicksal derer, die in der Wirtschaft produktiv tätig sind. Indem Lederer einen Vergleich zieht zwischen der Situation der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung im allgemeinen vor dem Kriege und heute, der Bedeutung und Aufmerksamkeit, die ein Arbeiterkongress vor dem Kriege erweckt hat und heute erweckt, zieht er gleichzeitig einen Vergleich zwischen den einheitlichen, schönen und klaren Linien des Kongressprogramms und den mit allerlei Stroh und unwahren Verzerrungen verkleideten Plänen der Brunkale des Rathauses, in dem der Kongress am Montag vom Senat der Stadt Hamburg empfangen wurde.

Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat folgte eine eingehende Diskussion.

Verantwortlich für Text: Dr. Carl Gerner; Wirtschaft: O. Klingebiel; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Höfner; Referat: Dr. John Schimanski; Sozial- und Konkrete: Fritz Barthel; Anzeigen: H. Gluck; Illustration: Berlin; Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Carl Singer & Co., Berlin SW 6, Lindenstraße 3, 2. u. 3. Stockwerk; und „Unterhaltung und Wissen“.

GROSSER BEKLEIDUNGSVERKAUF

Damen-Kleidung

Frauen-Kleid aus Trikot charmeus, mit plüschter Cape de Chine-Weste, in guter Verarbeitung, bis Größe 32 **29⁵⁰**

Frauen-Kleid aus gutem Nila mit Crêpe de Chine-Weste, Rockvorderteil mit Filzeinsätzen, kleidsame Form, bis Größe 32 **32⁵⁰**

Mantel aus gutem schwarzem Ullstoff, mit Abseite, halb gefüttert, gut verarbeitet, mit grossem modernen Pelzschalkragen, vorrätig bis Größe 48 **65⁰⁰**

Frauen Mantel schwarzes Wolltweed, ganz gefüttert, auf schwerer Kunstseide, gross. Pelzkrag, bis Gr. 34 **75⁰⁰**

Jumper Kunstseid., Crêpe de Chine, 2. Durchknöpf., m. Krawatte, eleg. verarbeitet **13⁷⁵**

Pullover reine Wolle, in schönen Farben **15⁷⁵**

Damen-Wäsche

Träger-Hemd mit Bücherei **1⁸⁵**

Bubi-Nachthemd mit Büchereiweste **2⁹⁵**

Nachthemd Batist mit Spitzen **3⁴⁵**

Kunstseid. Schlüpfer gute Qualität **1⁹⁵**

Kunstseid. Schlüpfer mit Atlasstreifen **2⁹⁵**

Hemd hose gestreifte Kunstseid., mit Sp. 1/2 **3⁹⁰**

Weisse und farbige Barchent- und Flanelwäsche
Hemden, Nachjacken, Nachhemden, Röcke usw. in grösster Auswahl

Trikotagen

Schlüpfer für Damen, m. warm. Futter 1⁹⁵	Normalhose für Herren, weiltalige Qualität 2⁹⁵ 1⁹⁵
Damen-Schlüpfer Kunstseide, mit warmem Innenfutter, viele Farben 2⁹⁵ 3,45	Einsatzhemd für Herren, gute Qualität, moderner Einsatz 2⁴⁵
Damen-Hemd hose feines Trikotgewebe 2⁹⁵ 1⁹⁵	Fulterhose für Herren, haltbare Qualität, Grösse 4 2⁶⁵ Jede weitere Grösse 25 Pf. mehr

Morgenrock aus Flanellstoff, mit einfarbiger Bindung 3⁹⁰	Morgenrock aus Flanellstoff, mit reicher Stickerei und farbigem Besatz 6⁷⁵
---	---

Strumpfwaren

Damen-Strümpfe Seidenhaar oder Mako, gute Qualität 1⁴⁵	Damen-Strümpfe Wolle, mit künstlicher Seide plattiert 3⁵⁰
Damen-Strümpfe Kunst Seide, in vielen Modifarben 1⁹⁵	Herren-Socken Mako, einfarbig, oder moderne Jacquardmuster 95 Pf.
Damen-Strümpfe „Herle-Seide“, künstl. Waschseide 2⁹⁵	Fantasiesocken gute Qualität, neue Muster 1⁴⁵
Damen-Strümpfe reine Wolle, Kaschmir, orig. englisch 2⁹⁵	Herren Socken reine Wolle, einfarbig oder wollplattiert, gemustert 1⁹⁵

Herren-Kleidung

Nur Leipziger Strasse, Alexanderplatz, Frankfurter Allee, Belle-Alliance-Str., Wilmersdorfer Strasse.

Anzug gute Strapazierqualität, modern gearbeitet, guter Sitz **48⁰⁰**

Anzug in neuen Dessins, zweifache Form, gute haltbare Stoffe **68⁰⁰**

Anzug in feinen braun kariert. Mustern, moderne Form **78⁰⁰**

Ulster in neuen Karomustern, moderne Farben, elegant, auf Kunstseide gearbeitet **78⁰⁰**

Ulster in den neuesten Farben, auf eleg. Kunstseide abgesteppt. **88⁰⁰**

Ulster Massenschnitt, neue Muster, elegant Verarb. und guter Sitz **118⁰⁰**

Kinder-Kleidung

Kieler Anzug Binköpf-form, ganz gefüttert, für ca. 2 Jahre Jede weitere Grösse 75 Pf. mehr **9⁷⁵**

Kieler Pyjack Futter, doppelseitig zu knöpfen **9⁷⁵** für ca. 2 Jahre Jede weitere Grösse 75 Pf. mehr

Mädchen-Wollkleid Mädelche Verarbeitung, für ca. 8 Jahre Jede weitere Grösse 75 Pf. mehr **7⁷⁵**

Mädchen-Mantel Stoff engl. Art, mit mit. Pelzkragen für ca. 8 Jhr. Jede weitere Grösse 1,50 mehr **13⁷⁵**

Backfisch-Tanzkleid Kunstseid. Taft, in schönen Ballfarben **9⁷⁵**

Backfisch-Mantel engl. gemast. Flanell, m. Pelzkragen **27⁵⁰**

HERMANN TIETZ